



AUSGABE 1 · 35. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 28.01.2004

Doppelhaushalt S. 3 – 8

In zweiter Lesung hat der Landtag am 21. und 22. Januar den Haushalt für die Jahre 2004 und 2005 beraten. Regierungslager und Opposition setzten unterschiedliche Akzente. Die dritte und abschließende Lesung erfolgt diese Woche.

Steuersünder S. 9

Kennzeichen nur noch gegen Kasse? Wegen der Ausfälle bei der Kfz-Steuer will die Koalition durchgreifen.



Fleißarbeit S. 14

Mit großem Fleiß haben SPD und GRÜNE im Haushalts- und Finanzausschuss Millionen umgeschichtet und dadurch harte Kürzungen abgemildert: 120 Millionen Euro in 2004 und 140 Millionen im Jahr 2005 wurden bewegt.

Chemikalien S. 18

Die Chemikalien-Verordnung der EU muss geändert werden, verlangt NRW-Ministerin Höhn: Das Papier bezieht nur neue Chemikalien ein und lässt die alten Stoffe außen vor. Auch mit der Umsetzung seien viele Betriebe überfordert.

Deutschland sucht den Aufschwung – auch in Wissenschaft, Forschung und Lehre. Die statistischen Daten unseres Rangs weisen Nachholbedarf nach: Bei der Akademikerquote, bei der Auslandsnachfrage nach einem Studium in Deutschland und in der aktuellen Zahl deutscher Nobelpreisträger. Nicht, dass es zwischen Aachen und Bielefeld, zwischen Münster und Siegen zu wenig Stätten der Wissenschaft gäbe. Aber es mangelt allgemein an Spitzenleistungen, meint die Bundespolitik, und regt die gezielte Förderung von Elite-Universitäten an. Ist das für die Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen ein gangbarer Weg? Die vier hochschulpolitischen Sprecher der Fraktionen nehmen dazu Stellung auf den Seiten 12 und 13.

Foto: Schälte

Wort und Widerwort:

Erste Erfahrungen – Ganztagsgrundschulen in NRW auf Erfolgskurs?

Eine inhaltliche Bereicherung und stärkere Öffnung in das Umfeld habe die Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule mit sich gebracht, betont die SPD. Der Fraktionspartner GRÜNE zieht eine ähnliche Erfolgsbilanz: Die neue Schule komme an, vor allem bei den Kindern. Anders die Opposition. Die Union bemängelt die fehlende Qualitätssicherung und die Kosten für die Elternbeteiligung. Die Liberalen sehen sie dagegen schon als gescheitert an, die „erste Schule ohne Lehrer“, die nichts zur Behebung der PISA-Defizite beitragen könne. Mehr auf Seite 10.



Studium zwischen
Massenuniversität und
Elitehochschule

Inhalt

Inhalt/Begabte fördern ist kein Luxus	2
Landtag berät den NRW-Doppelhaushalt in zweiter Lesung	3–8

Auto-Kennzeichen: Steuersündern geht es an den Kragen	9
Drei Fraktionen fordern dringend Abkehr von risikoreicher Therapie	9

Noch zu viele Hormone in den Wechseljahren

Wort und Widerwort	10
---------------------------	-----------

Erste Erfahrungen – Ganztagsgrundschulen in NRW auf Erfolgskurs?

Mehr Selbstständigkeit für das Ruhrgebiet	11
--	-----------

Opposition lehnt neuen Regionalverband weiterhin ab



Das Modell Harvard auch für NRW?	12/13
---	--------------

Interview mit den hochschulpolitischen Sprechern der Fraktionen



Doppelhaushalt: Koalitionsfraktionen schichteten 120 Mio Euro um	14
---	-----------

Proteste gegen Kürzungen fanden Gehör

Landesparlamente wollen mehr Einfluss auf Gesetzgebung	15
---	-----------

Hauptausschuss nimmt Bericht aus Föderalismuskommission entgegen

NRW-Schienennahverkehr: Aufgaben der Agentur Nahverkehr GmbH	16
---	-----------

Meistergründungsprämie: Erfolgreichstes NRW-Programm wird nicht gekürzt

Debatte über konkurrierende Ausbildungskonzepte in der Altenpflege	17
---	-----------

Das Saarland als Vorbild für NRW?



Die Chemikalien-Verordnung der EU muss geändert werden	18
---	-----------

Höhn kündigt Vorstoß in Brüssel an

Reform der Gemeindefinanzen 18

Wohnungsverkauf berührt nicht die Rechte der Mieter	19
--	-----------

Ausschuss plant für Anfang März Anhörung zum Thema

Aktuelles aus den Ausschüssen	20
--------------------------------------	-----------

Erster Jugendsportbericht räumt mit Klischees auf	21
--	-----------

FCL: Starker Verein auf soliden Beinen 21



Aus den Fraktionen	22
---------------------------	-----------

Porträt der Woche: Dr. Jens Jordan (FDP)	23
---	-----------

ENERGETICON in Alsdorf: Energie erleben, Energie verstehen 23

Geburtstage und Personalien	24
------------------------------------	-----------

Begabte fördern ist kein Luxus

Nordrhein-Westfalen ist das Land mit den meisten Hochschulen. Über ein Viertel aller Studenten in Deutschland studieren in dem bevölkerungsreichsten Land. Das sind mehr Studierende als Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen zusammen haben. Auch in Sachen Spitzenforschung hat NRW in manchen Sparten die Nase vorn. So zum Beispiel zählt Aachen zu den internationalen Spitzenstandorten in Sachen Maschinenbau, die Uni Bonn genießt Weltruf bei der Kombination Mathematik und Volkswirtschaftslehre, die Uni Bochum bei den Neurowissenschaften, die Uni Dortmund in Sachen Robotic, die Uni Münster profiliert sich in den Nanowissenschaften, die Uni Bielefeld bei der Bio-Informatik und die Uni Siegen bei der Sensortechnik.

Ein Blick auf die Fakten: In NRW gibt es 33 staatliche Hochschulen, vier refinanzierte private Fachhochschulen und 21 weitere private Fachhochschulen. 523.000 Studierende zählt das Land. Auf der Seite der Lehrenden arbeiten 7.719 Professoren und 13.691 Wissenschaftler. Ein Blick auf den geplanten Etat 2004: 5.376.000 Euro sind im Haushaltsentwurf für den Wissenschaftsbereich vorgesehen.

VORBILD HARVARD

Der Glanz Harvards blendet zurzeit Deutschland. Doch Harvard war bei seiner Gründung vor fast 370 Jahren auch nicht gleich Weltspitze. In der von Bundeskanzler Schröder aufgeworfenen Forderung, spezielle Elite-Universitäten für Deutschland zu schaffen, darf die Frage gestellt werden: Was ist es uns zusätzlich wert, Top-Universitäten zu etablieren? Müssen wir in der Hochschulausbildung den Vergleich mit den USA scheuen? Und welche Rolle spielt dabei NRW?

NRW braucht beides: Elite und die breite qualitativ hochwertige Ausbildung. In diesem Punkt sind sich alle einig. Gut ist auch, dass jetzt die öffentliche Diskussion um Hochschule und Bildung wieder in den Mittelpunkt rückt.

Doch der Begriff Elite ruft bei vielen einen unerfreulichen Beigeschmack hervor. Deshalb redet zum Beispiel auch die Bildungsministerin in NRW von „Exzellenz“ und „Spitzenforschung“. Demnach sollten die Unis ihre angestaubte Hülle ablegen. Junge Forscher müssten früher und freier forschen können. Weniger Hierarchien sind gefordert, mehr Eigenverantwortung, mehr Wettbewerb, Teamgeist. Das alles trägt dazu bei, dass es bald ein neues Verhältnis zwischen Studierenden und Professoren gibt. Denn es darf kein Luxus sein, Begabte zu fördern. Es ist sträflich, dies nicht zu tun. **SH**

Politisches Gestalten in Zeiten fast leerer Kassen

Landtag berät den NRW-Doppelhaushalt in zweiter Lesung

In zweiter Lesung hat der Landtag am 21. und 22. Januar den Doppelhaushalt für die Jahre 2004 und 2005 beraten, und mit der Mehrheit von SPD und GRÜNEN und gegen das Votum von CDU und FDP verabschiedet. Bei der Debatte kam es wiederholt zu einem Schlagabtausch zwischen Regierungslager und den Oppositionsparteien. Während die Koalition auf die angespannte Kassenlage des Landes hinwies, Konsolidierungsbeiträge einforderte und für sich in Anspruch nahm, trotz der finanziell angespannten Lage Kurs zu halten und durch Umschichtungen manche Kürzung vermieden zu haben, warf die Opposition der Landesregierung vor, sie habe das Land durch den hohen Schuldenstand handlungsunfähig gemacht. Trotzdem leiste sie sich immer noch „grüne Spielwiesen und absurde Hobbys“.

SCHULE UND WEITERBILDUNG

Bernhard Recker (CDU) lehnte den Schulhaushalt ab, weil die Regierung darin keine Priorität in Bildung setze. Im Gegenteil: Sie begehe Wortbruch und bleibe hinter großen Ankündigungen zurück. Die CDU wolle mehr Qualität und Verlässlichkeit.

Manfred Degen (SPD) betonte, bei insgesamt schrumpfendem Landeshaushalt steige der Schuletat in beiden Jahren um rund vier Prozent. Damit werde es trotz der Einschnitte an einigen Stellen möglich, „eine Priorität für Bildung zu setzen“.

Ralf Witzel (FDP) warf der Koalition vor, sie laufe vor den Fragen der Bürger davon, die wissen wollten, wie es um die Landesfinanzen und um die Zukunft der Bildung steht. Bei der Bildung sei Wortbruch die Maxime der Politik der Koalition.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) fand die 15-prozentige Kürzung bei der Weiterbildung „schmerzlich“. Schuld daran sei allein die desolante Haushaltslage. Die für lebenslanges Lernen unverzichtbare Weiterbildung stehe für die Koalition weiter im Mittelpunkt.

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) sagte, dass das Volumen des Einzelplans um eine halbe Milliarde Euro gestiegen sei. Ersatzschulen seien ein unverzichtbarer Bestandteil der Bildung, aber die Debatte um die Finanzierung sollte sachlich geführt werden.

Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) appellierte an die Wirtschaft, angesichts steigender Bedeu-



Von Sprechchören, Trillerpfeifen, Musik und Reden war die Haushaltsdebatte des Landtags begleitet: Rund 33.000 Schülerinnen, Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Elternvertreter der freien Schulen protestierten am ersten Tag der zweiten Lesung außerhalb der Bannmeile gegen die Absicht der Landesregierung, den Eigenanteil der Schulträger von sechs auf 7,5 Prozent anzuheben und damit 15 Millionen Euro im Jahr 2005 zu sparen. Hier ein Blick auf die jugendlichen Demonstranten mit ihrer Vielzahl an Transparenten. Foto: Schälte

tung der Weiterbildung mehr eigene Mittel einzusetzen. Im Übrigen sei festzuhalten: „Das Land ist nicht Träger der Weiterbildung, sondern ihr Partner.“

KINDER, JUGEND UND FAMILIE

Thomas Mahlberg (CDU) verlangte die Rücknahme aller geplanten Kürzungen im Jugend- und Familienbereich. Die Träger in diesem Bereich brauchten Verlässlichkeit und Planbarkeit. Statt zu investieren, werde nach dem Gießkannenprinzip gekürzt.

Bernd Flessenkemper (SPD) betonte, trotz des Spardiktats fühle sich Rot-Grün mit den Interessen der Kinder, Jugendlichen und Familien verpflichtet. So seien die 58 Millionen Euro für den Landesjugendplan mehr als in den anderen Bundesländern.

Christian Lindner (FDP) sah in den Kürzungen eine Existenzbedrohung für jahrzehntelang gewachsene Strukturen. Das gehe voll zu Lasten der kommenden Generation. Das schaffe Probleme, die „später sehr viel teurer repariert werden müssen“.

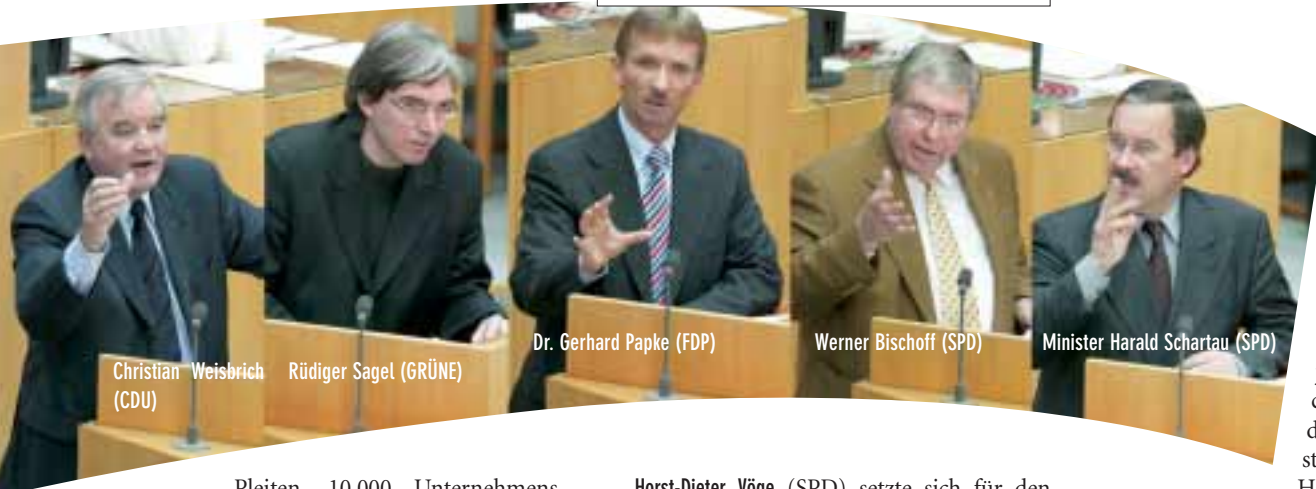
Ute Koczy (GRÜNE) zählte die Veränderungen auf, die die Koalition erreicht habe, um die Kürzungen abzumildern. So etwa bei den Familienberatungsstellen, denen die weitere qualifizierte Arbeit im Rahmen gesicherter Strukturen ermöglicht werde.

Jugendministerin Ute Schäfer (SPD) dankte den Trägern für ihre Bereitschaft, an den Einsparungen mitzuwirken. Zum Teil würden die auf Antrag der Koalition gemildert oder zurückgenommen. Spielraum ergebe sich auch durch flexiblere Richtlinien.

Familienministerin Birgit Fischer (SPD) gab zu bedenken, in der Familienpolitik dürfe es nicht nur darum gehen, wie viel Geld ausgegeben werde. Der Output entscheide; hier erstrebe man mehr Flexibilität, sozialräumliche Akzentuierung und Integration.

WIRTSCHAFT UND ENERGIE

Christian Weisbrich (CDU) sah von Wirtschaftswachstum keine Spur und einen Rekord bei



Pleiten. 10.000 Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2003 hätten mehr als 60.000 Arbeitsplätze dauerhaft vernichtet.

Werner Bischoff (SPD) erwartet positive Wirkung der Reformagenda auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt. 24.000 Neugründungen in NRW wiesen auf Dynamik hin. Mehr Gewerbe seien an- als abgemeldet worden.

Dr. Gerhard Papke (FDP) zählte 930.000 Erwerbslose ohne statistische Tricks und sah den Superminister für Wirtschaft und Arbeit vor einem Scheiterhaufen. Im deutschen Vergleich falle NRW immer weiter zurück.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bekannte sich zu innovativer Mittelstandspolitik und sah sehr positiven Strukturwandel im Münsterland und in Ostwestfalen. Die Kahlschlagspolitik der FDP bei Kohlesubventionen machten die GRÜNEN nicht mit.

Minister Harald Schartau (SPD) kündigte 60 Millionen Euro für neue Gemeinschaftsaufgaben und 65 Millionen für Landesprogramme an. Existenzgründungen und Eigenkapital für Mittelstandsbetriebe seien Schwerpunkte der Landesförderung.

Reiner Priggen (GRÜNE) sprach sich für eine sozialverträgliche Anschlussregelung nach 2006 bei den Kohlebeihilfen unter möglichst geringer Belastung der Landesfinanzen aus.

Energieminister Dr. Axel Horstmann (SPD) erläuterte die Auszahlungsverschiebungen bei den Kohlebeihilfen, die dokumentiert und haushaltsgesetzlich verzeichnet seien, und erwartete eine Senkung des Landesanteils durch den Bund. Eckdaten seien 16 Millionen Tonnen im Jahr 2012 und 15,8 Milliarden Euro bis 2012.

ARBEIT

Hermann-Josef Arentz (CDU) hielt der Landesregierung vor, sie werde ihrer Verantwortung für den Arbeitsmarkt nicht gerecht. Sie lasse zwei Förderprogramme für Jugendliche auslaufen und kürze das erfolgreiche Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“.

Horst-Dieter Vöge (SPD) setzte sich für den Haushalt ein: Der gleiche gezielt aus, wo es Lücken im Engagement auf dem Arbeitsmarkt und Lücken für die Arbeitslosen gibt.

Es gebe neue Schwerpunkte und es werde hingeschaut, wo weiter zu fördern ist.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) sah keinen Sinn darin, das Programm Betrieb und Träger auslaufen zu lassen und die Förderung der überbetrieblichen Ausbildungslehrgänge zu reduzieren. Die beste Arbeitsmarktpolitik sei eine gute Wirtschaftspolitik.

Barbara Steffens (GRÜNE) kündigte an, in NRW werde die bisherige klare und deutliche Arbeitsmarktpolitik fortgesetzt. Aber man müsse auch sehen, welche Rolle das Land vor dem Hintergrund der Bundespolitik auf diesem Gebiet hat.

Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) unterstrich die Vorreiterrolle des Landes bei Projekten gegen die Arbeitslosigkeit. Nach Verabschiedung der Hartz-Reform verabschiedete sich NRW nicht aus der Förderung, sondern prüfe die Wirksamkeit der Reform und benenne Defizite.

GESUNDHEIT UND SOZIALES

Rudolf Henke (CDU): Die soziale Infrastruktur in NRW ist immer schlechter zu halten und die Hilfen, die das Land in diesem Bereich leistet, schmelzen dramatisch. Wenn dieser Haushalt so bleibt, werde man ihm nicht zustimmen.

Michael Scheffler (SPD) wies die Vorwürfe der CDU zurück. „NRW war, ist und bleibt sozial“. Die SPD-Landtagsfraktion und die Koalition habe auch in der schwierigen Haushalts-situation in der Sozial- und Gesundheitspolitik Gestaltungskraft und -willen bewiesen.

Dr. Jana Pavlik (FDP) warf der Landesregierung vor, dass das ganze Kürzungsprogramm in eklatantem Widerspruch zu ihren eigenen Absichtserklärungen stehe. Das Land ziehe sich immer mehr aus den freiwilligen Leistungen zurück.

Barbara Steffens (GRÜNE) hielt der CDU vor, sie würde in ihren Anträgen lediglich ein paar kleine Kürzungsvorschläge machen, die jedoch völlig unzureichend seien. Die Landesregierung dagegen stünde für eine seriöse Haushaltspolitik.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD): „Der Haushalt 2004/2005 stellt sicher, dass NRW seine Verantwortung für die gesundheitliche Versorgung auf hohem Niveau erfüllt.“ Zugleich habe man auch nach realistischen Lösungen gesucht. Die Änderungsvorschläge der CDU müssten sich ebenfalls an ihren Deckungsvorschlägen messen lassen.

FRAUEN

Regina van Dinter (CDU) warf der Koalition vor, mit Kürzungen in fast allen sozialen Bereichen im Land Feuer gelegt zu haben. Nach großer Unruhe stehe sie jetzt vor einem Scherbenhaufen. Bei Gewalt gegen Frauen brauche man zusätzliches Personal.

Gerda Kieninger (SPD) sah die Bekämpfung von Gewalt, Erwerbstätigkeit von Frauen und gerechte Teilhabe trotz schwieriger Lage als gesichert an. Die Beratung bei Gewalt werde weiterentwickelt.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) hielt die katastrophale Finanzlage für hausgemacht und stellte eine große Lobby bei betroffenen Frauen fest. Die Regionalstellen könnten durch die neuen Job-Center ersetzt werden.

Marianne Hürten (GRÜNE) äußerte sich erfreut über abgemilderte Kürzungen und erhaltene Strukturen im Frauenbereich. Die Frauenhäuser behielten vier Stellen. Opfern von Gewalt werde weiter geholfen.

Frauenministerin Birgit Fischer (SPD): 34 von 45 Initiativen gegen sexualisierte Gewalt seien in allgemeine Frauenberatungsstellen integriert. Opfern von Menschenhandel könne weiter geholfen werden. Gender-Mainstreaming werde konsequent umgesetzt.

WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Manfred Kuhmichel (CDU) bezeichnete die Elite-Uni-Debatte als bloße „Effekthascherei“ der SPD. Ziel müsse es hingegen sein, alle

NRW-Hochschulen besser auszustatten sowie Autonomie und Wettbewerb zu fördern.

Dietrich Kessel (SPD) betonte, dass den Hochschulen in der Landespolitik ein hoher Stellenwert zukomme. Trotz schwieriger Haushaltslage stiegen die im Wissenschaftshaushalt veranschlagten Ausgaben um 1,3 Prozent.



Prof. Dr. Friedrich Wilke (FDP) sagte, dass Wissenschaft in Deutschland keine Spitzenposition mehr einnehme. Der Hochschulbereich sei „sträflich unterfinanziert“ und der Doppelhaushalt gäbe keine Hoffnung auf Besserung.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) wies die Kritik zurück, der Wissenschaftsstandort NRW sei gefährdet. Rot-Grün sei es gelungen, die NRW-Hochschulen von Haushaltskürzungen auszunehmen und Planungssicherheit zu schaffen.

Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft (SPD) erklärte, die Landesregierung befinde sich mit dem Hochschulkonzept auf dem richtigen Weg: „Bei uns haben Innovationen und Spitzenleistung Vorrang.“

VERKEHR

Heinz Hardt (CDU) sagte unter Hinweis auf Maut-Verzug und ausbleibende Bahn-Investitionen, in der Verkehrspolitik klappe zur Zeit nicht viel. Bahnbenutzer klagten über Unpünktlichkeit. Neue Gleisanlagen solle es laut Bahn nicht geben.

Gerhard Wirth (SPD) nannte als Schwerpunkte Investitionen im Landesstraßenbau und Leistungsabbau im Schienenverkehr. Die teuersten Maßnahmen, Tunnel in Wuppertal und in Plettenberg, seien im Bau. Der Straßenbau werde gestärkt.

Christof Rasche (FDP) sah wachsenden Sanierungsstau an Straßen, Blockieren von Flughafen-ausbau und Engpässe im Schienenbereich. Im Berufsverkehr gebe es katastrophale Verhältnisse. Die Verkehrspolitik dürfe nicht zum „Diddelchen“ werden.

Oliver Keymis (GRÜNE) wandte sich gegen Schlechtreden von Bewährtem in schwierigen Zeiten und wies auf die besondere Belastung von NRW hin. Auf Straße und Schiene gebe es Engpässe. Keymis hielt Straßenerhaltung für wichtiger als Neubau.

Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) berichtete, für den öffentlichen Verkehr gebe es 1,5 Milliarden Euro pro Jahr, allerdings auch ein Qualitätsproblem. Für den Rhein-Ruhr-Express erhoffe er in diesem Jahr Finanzierungsklarheit. Verkehrspolitisch eine Katastrophe wäre der Mautausfall ohne Ersatzlösung.

MINISTERPRÄSIDENT UND STAATSKANZLEI

Werner Jostmeier (CDU) verlangte, der Projekt Ruhr GmbH keine weiteren Mittel zur Verfügung zu stellen. Das Geld sollte dann für den Weltjugendtag verwandt werden. Das Geld für „Werbung“ sollte den Kindertagesstätten zufließen.

Dorothee Danner (SPD) nannte diesen Haushalt „angemessen und zukunftsorientiert“. Das Geld für das Ruhrgebiet werde für den Struktur-

wandel benötigt. Über einen Beitrag für die 20. Jugendtage werde verhandelt.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) stellte sich ebenfalls gegen die Projekt Ruhr. Landeseigene Gesellschaften wie diese entzögen einen Teil des Regierungshandelns der parlamentarischen Kontrolle.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) wandte ein, es müsse eine ordnungsgemäße Abwicklung geben. Die kritisierte Öffentlichkeitsarbeit – „auch des Ministerpräsidenten“, wie sie betonte, bleibe im Rahmen.

Staatskanzleiminister Wolfram Kuschke (SPD) kündigte an, die Projekt Ruhr komme an einen anderen Aufgabenträger, den Regionalverband Ruhrgebiet. Sie habe aber eine erfolgreiche Arbeit gemacht.

MEDIEN

Lothar Hegemann (CDU) warf der Landesregierung vor, sie habe den Bereich Medien „an die Wand gefahren“. Er habe kein Verständnis dafür, dass Institutionen wie der Journalistenschule Köln die „Garotte“ angelegt würde.

Marc Jan Eumann (SPD) lobte den Haushaltsentwurf, da er trotz schwieriger Rahmenbedingungen die Umsetzung der medienpolitischen Schwerpunkte sichere. Für den Bereich der Filmförderung attestierte er NRW eine Vorbildfunktion.

Dr. Stefan Grüll (FDP) begrüßte die Entscheidung, das Adolf-Grimme Institut erneut auf die Beine zu stellen. Eine weitere Förderung der Medien GmbH sei jedoch nicht nachvollziehbar. Das Geld könne sinnvoller eingesetzt werden.

Oliver Keymis (GRÜNE) erklärte die geplanten Haushaltskürzungen mit den konjunkturellen Schwankungen in der Medienwirtschaft. Trotz spärlicher Mittel habe man jedoch versucht, Visionen für dieses Land aufrechtzuerhalten.

Minister Wolfram Kuschke (SPD) bezeichnete die Sorgen der Opposition um die Zukunft des Medienstandortes NRW als unbegründet. NRW könne eine „ausgezeichnete Erfolgsbilanz“ vorweisen.

JUSTIZ

Frank Sichau (SPD) unterstrich, auch in Zeiten leerer Kassen sei das Recht ein allgemeines Gut. Der Abgeordnete zählte einzelne Maßnahmen wie den Ersatzbau für die JVA Düsseldorf auf und betonte, Justizvollzug sei „ultima ratio“.

Peter Biesenbach (CDU) sprach die Überlastung und den Nachholbedarf im Justizbereich an. Im Etat werde an keiner Stelle deutlich, dass hier Abhilfe geschaffen werden soll.

Jan Söffing (FDP) äußerte den Verdacht, der Justizminister wolle die Qualität der nordrhein-westfälischen Justiz auf dem Altar des Finanzministers opfern. Auch bei leeren Kassen müsse die Justiz funktionieren.

Sybille Haussmann (GRÜNE) wies das Urteil zurück, die Leistungsfähigkeit der Justiz sei in Frage gestellt; gerade die sichere dieser Haushalt. „Wir bleiben bei unserer Priorität eines präventions- und behandlungsorientierten Justiz-vollzugs.“

Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) warf der „schwarz malenden“ Opposition vor, sie mache die Lage schlechter als sie ist. Die Lage sei ernst, aber „wir sind dabei, besser und besser zu werden und weiter voranzukommen“.

EUROPA UND EINE-WELT

Ilka Keller (CDU) sagte „Ja“ zum Haushalt für die Eine-Welt-Politik, aber „Nein“ zum Europaetat. Gerade im Hinblick auf die anstehende Osterweiterung dürfe das Engagement für Europa nicht eingefroren werden.

Gabriele Sikora (SPD) betonte, dass für den Doppelhaushalt 2004/2005 die Konzentration bei der Pflege der Auslandsbeziehungen und der Sicherstellung der Kofinanzierung für die EU-Ziel-2 und Ziel-3 liegen müsse.

Dietmar Brockes (FDP) hält den für Europa- und Eine-Welt-Politik vorgesehenen Etat für „absolut nicht akzeptabel“. Zu viel Geld für den Eine-Welt-Haushalt, wo in entscheidenden Ressorts drastisch gekürzt wird.

Ute Koczky (GRÜNE) räumte ein, dass mit dem Doppelhaushalt 2004/05 die Schmerzgrenze erreicht ist, die man nicht mehr überschreiten dürfe. Doch habe man auf den Feldern gespart, die es vertragen können.

Minister Wolfram Kuschke (SPD) wies auf die bereits von der Landesregierung erfolgreich eingeleiteten Komplexe, bei denen die FDP immer etwas finden würde, was sie aussetzen hätte.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) kritisierte, dass sich die FDP, von ihren eigenen Worten, für mehr soziale Gerechtigkeit auf der Welt zu sorgen, damit Terroranschläge mit solidarischer Weltwirtschaft bekämpft würden, bereits lange verabschiedet hat.

MIGRATION

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) stellte der Integrationspolitik der Landesregierung ein fatales Zeugnis aus. Die soziale Mobilität der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien habe in den letzten Jahren ab-, statt zugenommen.

Britta Altenkamp (SPD) war verständnislos, dass die CDU in ihren Anträgen die Kürzung bei den RAA vorschlägt, obwohl andere Bundesländer deren fortschrittliche Arbeit in der Integrationspolitik anderer Länder zum Vorbild erheben würden.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) beklagte, dass nichts passiert sei, seitdem die Integrationsoffensive 2001 beschlossen wurde, die Landesregierung habe sich aus der aktiven Migrationspolitik zurückgezogen.

Sybille Haussmann (GRÜNE) sagte, dass Integration eine Querschnittsaufgabe ist, bei der man stets im Auge behalten müsse, dass die Migrantinnen und Migranten auch erreicht würden, was der Integrationsbeauftragte mit Bravour unterstütze.

Ministerin Birgit Fischer (SPD) erklärte, die 29 Millionen Euro, die im Haushalt 2004 gegenüber 2003 eingespart würden, erklärten sich aus der Tatsache, dass noch keine Mittel für die Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes eingeplant sind, weil dieses noch nicht beschlossen sei.

ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG

Helmut Diegel (CDU) bezeichnete den Haushalt als nicht beratungsreif und auch verfassungswidrig. Das Desaster des Machwerks mit einem Gesamtvolumen von fast 100 Milliarden Euro solle unklar bleiben.

Gisela Walsken (SPD) widersprach: Der Haushalt sei sozial gerecht im Rahmen der landespolitischen Verantwortung, setze richtige Schwerpunkte bei Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Angela Freimuth (FDP): Das Ganze koste richtig Geld, die Gesamtschulden des Landes stiegen bis über 105 Milliarden Euro, die Parole „für die Zukunft unserer Kinder“ verhöhne diese.

Edith Müller (GRÜNE) warf der CDU-Op- position vor, keine einzige Idee eingebracht zu haben, und forderte eine große Steuerreform und Subventionsabbau auf Bundesebene.

Erwin Siekmann (SPD) erläuterte, das Finanzministerium müsse die Einnahmen ausschöpfen und die Steuern lückenlos einziehen. Legale Schlupflöcher müssten geschlossen werden.

Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD) bedauerte das extrem niedrige Niveau der Steuereinnahmen und betonte, NRW sei trotzdem starker Zahler im Länderfinanzausgleich über Jahrzehnte und unterstütze die Reformvorschläge von Professor Kirchhof.

STÄDTEBAU UND WOHNEN

Bernd Schulte (CDU) sah in dem Städtebauhaushalt der Landesregierung den Beweis, dass sie „die letzte Chance verpasst hat“, die Märkte von überflüssigen Bestimmungen zu befreien und Fördersysteme und -instrumente zu reformieren.

Dieter Hilser (SPD) betonte, für die SPD gehöre angesichts der Zahlen die Eigentumsförderung nicht zum Kernbereich der Wohnungspolitik. Die CDU lasse ein eigenständiges Programm vermissen. Die Koalition arbeite erfolgreich.

Karl Peter Brendel (FDP) bemängelte, dass von dem Etat keine neuen Impulse ausgingen. Der Einsatz



Helmut Diegel (CDU)

Gisela Walsken (SPD)

Angela Freimuth (FDP)

Edith Müller (GRÜNE)

Erwin Siekmann (SPD)

Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD)

der staatlichen Mittel sei zu überprüfen; mehr Geld müsse nach Ansicht seiner Fraktion zu Gunsten der Städtebauförderung umgeschichtet werden.

Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE) sah das anders: „Wir haben die Zukunft und die künftigen Herausforderungen im Blick.“ Hauptaufgabe sei die Schaffung preiswerten Wohnraums und die Modernisierung des Bestandes.

Städtebauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) nannte den sozialen Wohnungsbau und den Städtebau im Land „eine Erfolgsgeschichte“. In den beiden kommenden Jahren würden 13.500 Wohnungen mit 810 Millionen Euro gefördert. Ein einziger Euro beim Städtebau löse acht Euro an Nachfolgeinvestitionen aus.

KULTUR

Richard Blömer (CDU) urteilte, mit dem Haushalt verabschiede sich das Land „endgültig von der gemeinsamen Verantwortung von Land und Kommune für eine kulturelle Grundversorgung“. Damit Kultur nicht zum Steinbruch wird, müsse ein eigenständiges Kulturministerium her.

Manfred Böcker (SPD) sagte: „Ich glaube, dass wir dieses großartige Kulturland trotz der schwierigen Haushaltslage auf diesem Niveau halten können.“ Die Koalition habe viele Nachbesserungen erreicht; zu Jubel oder Depression bestehe kein Anlass.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) fand, in Zeiten der Geldknappheit sollte man sich keine Strukturdebatten leisten; die verunsichern alle und helfe niemandem weiter. Auch wenn man den Etat ablehne, durch Mitarbeit hoffe man noch etwas zu erreichen.

Oliver Keymis (GRÜNE) sah es als Ziel der Bemühungen aller an, in den nächsten Jahren wieder mehr für die Kultur tun zu können. Mit einem Anteil von 0,27 Prozent am Gesamthaushalt werde für die Kultur zu wenig Geld ausgegeben.

Kulturminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) gab zu, er sei mit dem Haushalt nicht zufrieden, „aber wir haben das Beste daraus gemacht“. Prioritäten würden da gesetzt, wo Kulturpolitik sich den gesellschaftlichen Herausforderungen stelle.

SPORT

Dr. Annemarie Schraps (CDU) bezeichnete die vorangegangenen Haushaltsberatungen als „Posse“ der Koalition. Nur auf Druck des Sports und der Opposition habe Rot-Grün die Streichung der Übungsleiterzuschüsse zurückgenommen.

Ina Meise-Laukamp (SPD) zeigte sich stolz über das, was in den Haushaltsberatungen errungen worden sei. Man habe sich erfolgreich darum bemüht, den Konsolidierungsbeitrag des Sports so niedrig „wie nur irgend möglich“ zu halten.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) kritisierte die geplante Senkung der Übungsleiterpauschale von einst 9,5 auf sieben Millionen Euro. Sie plädierte dafür, die Pauschale auf dem Vorjahresniveau zu halten.

Ewald Groth (GRÜNE) wies die Kritik der Opposition zurück und warf ihr Untätigkeit vor. Rot-Grün habe mit dem jetzigen Haushaltsentwurf eine „vernünftige Grundlage für die Sportentwicklung in NRW“ geschaffen.

müsse, die Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose und weitere neue Finanzlasten für die Kommunen.

Heinz Wirtz (SPD) warf CDU und FDP vor, eine Erweiterung der Gewerbesteuer verhindert zu haben, und verteidigte die „Überbrückung des Finanztals“ 2004 als von den Kommunen begrüßt und hilfreich.

Christof Rasche (FDP): Raubritter in NRW trügen rotgrüne Farben, die Leidtragenden seien Städte und Gemeinden bei noch nie da gewesener Finanztafelfahrt. Fünf Milliarden Euro Fehlbeträge würden erwartet.

Ewald Groth (GRÜNE) zur Reform der Gemeindefinanzen: gescheitert sei nicht nur die kommunale Wirtschaftssteuer, sondern auch Hebesätze auf Körperschaft- und Einkommensteuer. Nun fange die Diskussion wieder neu an.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) forderte die Überprüfung des Verteilungsschlüssels, für das Arbeitslosengeld II und äußerte sich zufrieden mit dem Anstieg der allgemeinen Zuweisungen.

INNENMINISTERIUM

Theodor Kruse (CDU) sah angesichts finanzieller und personeller Kürzungen die innere Sicherheit im Lande in Gefahr. Sicherheit dürfe nicht von Kassenlage abhängen. Auch bei Bürokratieabbau und Verwaltungsreform werde nicht genug getan.

Jürgen Jentsch (SPD) nannte im Gegensatz dazu die innere Sicherheit Dreh- und Angelpunkt des politischen Handelns. Das mache der Haushalt deutlich. Er zeige auch, dass man in Krisensituationen klaren Kopf behalten könne.

Horst Engel (FDP) forderte die Landesregierung auf, in der Verwaltung mehr zu bündeln und Kommunen und Kreise zu stärken, staatliche Gängelei abzubauen. Bei der Sicherheit müsse NRW das Land mit der geringsten Kriminalität und geringsten Opferzahlen werden.

Monika Düker (GRÜNE) urteilte, die erforderlichen Einsparungen gingen nicht zu Lasten der Sicherheit. Es handele sich um eine „Notoperation, weil einfach die Kassen zu knapp sind. Im öffentlichen Dienst sei die Strukturfrage zu stellen.“

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) wertete die zugemuteten Einschränkungen im Interesse



GEMEINDEFINANZEN

Manfred Palmen (CDU) beanstandete gestundete Mindereinnahmen als Geschenk zur Kommunalwahl, das 2005 zurückgezahlt werden

eines ausgeglichenen Haushalts als verantwortlich. Auch mit dem Doppelhaushalt bleibe NRW ein sicheres Land. Er kündigte eine organisatorische Erneuerung der Polizei an.

UMWELT- UND LANDESPLANUNG

Hans Peter Lindlar (CDU) verlangte ein neues Landesplanungsgesetz; das sei überfällig. Dem geplanten Wasserentnahmegesetz sprach er ökologische Lenkungsfunktion ab. Es verursache Mehrkosten für die Bürger und gefährde betriebliche Existenzen.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) meinte, der Haushalt setze Akzente bei der Zusammenarbeit zwischen Ökologie und Wirtschaft. Auch bei Landesplanung und Raumordnung gehe es mit dem Regionalverband Ruhr-Gesetz voran.

Holger Ellerbrock (FDP) sagte zur Wasserentnahme, dabei solle unter dem Deckmantel Umweltschutz Geld in die Landeskasse gespült werden. Die Konsequenzen für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen würden unterschätzt.

Johannes Rimmel (GRÜNE) mahnte, statt Scheindiskussionen zu führen, sollte über die Schwerpunkte der Umweltpolitik in NRW debattiert werden. Die Opposition aber richte in Einzelpunkten „ein Sammelsurium von Angriffen auf die Landesregierung“.



Großes Medienaufkommen herrschte im Landtag: Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) hat am vergangenen Montag vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Düsseldorfer Parlaments den Vorwurf der „Vetternwirtschaft“ während seiner Amtszeit als Ministerpräsident des Landes NRW entschieden zurückgewiesen. Hintergrund der Vorwürfe ist der Umzug der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei in das Bürogebäude „Stadttor“ im Jahre 1998. Der frühere Inhaber einer Werbeagentur, Christian Langer, soll, so die Vermutung von CDU und FDP, von der Freundschaft zum damaligen Ministerpräsidenten finanziell profitiert haben. Er sei „innerlich aufgebrach und ziemlich verletzt“ darüber, dass seit nunmehr sechs Jahren sein Name immer wieder mit dem Begriff der „Vetternwirtschaft“ in Verbindung gebracht werde. „An den Vorwürfen ist nichts dran“, versicherte Clement dem Gremium. Es sei kein Auftrag an Christian Langer erteilt worden, noch sei etwas gezahlt worden.

Foto: Schälte

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) stellte klar: Weil die EU-Wasserrichtlinie im Land umgesetzt werden müsse, benötige man Geld aus dem „Wassercent“. Es sollte endlich über Inhalte geredet werden, wie die Opposition den Haushalt diskutiere, sei „unerträglich“.

Landesplanungsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) wies den angeblichen Stillstand in der Gesetzgebung zurück: In NRW habe es in den letzten Jahren in Recht und Praxis die größten Veränderungen gegeben. Die Novelle des Landesplanungsgesetzes komme.

NATURSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Eckhard Uhlenberg (CDU) kritisierte den Umgang der Grünen mit der SPD, der sie das agrarpolitische Rückgrat gebrochen hätten. Der Haushaltsplan sei abzulehnen, weil er nicht ausgewogen und nicht zukunftsorientiert ist.

Irmgard Schmid (SPD) verwies darauf, dass sich der Agrarhaushalt nicht allein auf die direkte Landwirtschaft beziehe, sondern auch auf Bereiche wie Ernährungsindustrie oder das Gastgewerbe. Hier sei NRW die Nummer eins bei der Arbeitsplatzbeschaffung und -sicherung.

Felix Becker (FDP) warf Bärbel Höhn vor, sich in einer Vielzahl von Naturschutzprojekten zu verzetteln und keine ökosystemare Naturschutzpolitik zu betreiben, sondern teure Biotoppflege.

Reiner Priggen (GRÜNE) konstatierte, die Regierung sei mit dem Haushalt in der Lage, die entscheidenden Bereiche in ihren Strukturen zu erhalten. Unter den schwierigen Bedingungen sei das ein vernünftiger Haushalt.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) betonte, dass es sich hier um den schwierigsten Landeshaushalt seit Jahrzehnten handele und die Opposition mit Showanträgen Stimmung machen wolle.



Fotos: Schälte



Steuersündern geht es an den Kragen

Devise: Erst bezahlen, dann die neuen Auto-Kennzeichen anschrauben

Das eine (neues Kennzeichen) nur mit dem anderen (Einzahlungsbeleg über Kfz-Steuer) – für Steuersünder im Land brechen schwierige Zeiten an, wenn sich der Koalitionsantrag durchsetzt. Foto: Schälte

Wenn die beiden Koalitionsfraktionen sich durchsetzen, brechen für Kraftfahrzeugsteuersünder im Land bald rauere Zeiten an: Dann können Autos nämlich nur zugelassen werden, wenn bei der Anmeldung die Steuer bezahlt und nachgewiesen wird, dass der neue Besitzer keine Kfz-Steuer schuldig geblieben ist. Das sieht ein Antrag (Drs. 13/4738) vor, den SPD und GRÜNE dem Landtag vorgelegt haben. Ende vergangenen Jahres überwies das Plenum den Antrag an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss.

Erwin Siekmann (SPD) sagte: „Ohne die vorherige Bezahlung der Kraftfahrzeugsteuer oder die Abgabe der Bankeinzugsermächtigung darf ein Kraftfahrzeug in Zukunft nicht mehr zugelassen werden.“ Er beklagte, durch säumige Zahler gingen dem Land 13 Millionen Euro pro Jahr verloren; wegen 40 Millionen Euro müssten jedes Jahr Mahn- oder Vollstreckungsverfahren eingeleitet werden. Die Folgen: erheblicher Verwaltungsaufwand, fehlendes Geld in der Landeskasse und Sinken der allgemeinen Steuermoral.

prüft werden, ob der Halter Steuerrückstände hat. Dabei sei zu untersuchen, welche persönlichen und technischen Voraussetzungen eine solche Prüfung habe. Darum sein Appell an die Kommunen, das Land in dieser Frage stärker zu unterstützen.

Volkmar Klein (CDU) bescheinigte der Koalition, anderthalb Jahre tatenlos zusehen zu haben, „wie dem Land eine ganze Menge Geld verloren geht“. Die Finanzen in einem Kegelverein seien „besser geordnet als die Finanzen des Landes an dieser Stelle“.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) wies darauf hin, dass mit dem Antrag von einer Möglichkeit des Kraftfahrzeugsteuergesetzes Gebrauch gemacht werde: Danach könne bei der Zulassung ge-

Angela Freimuth (FDP) warb um mehr „Feingefühl“ den Kommunen gegenüber: Die

hätten sonst die Arbeit und blieben auf den Kosten sitzen. Sie erinnerte an die alte FDP-Forderung, die Kfz-Steuer abzuschaffen und stattdessen den Ertrag auf die Mineralölsteuer umzulegen.

Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD) sah keine Notwendigkeit zur Nachhilfe für die Landesregierung in dieser Sache. Da man auf die Zusammenarbeit der Kommunen (Dieckmann: „Sie stehen mit einer gewissen Reserviertheit dem Vorhaben gegenüber.“) angewiesen sei, habe es Gespräche gegeben. Er sei zuversichtlich, dass es gelingen wird, die Belange aller Beteiligten auszugleichen.

Frauen in den Wechseljahren werden in Deutschland immer noch zu viele hormonhaltige Medikamente gegen die Symptome des Klimakteriums verschrieben. Dabei haben internationale Studien ergeben, dass die Hormonersatztherapie das Risiko an Krebs zu erkranken deutlich erhöht. Nachdem die Kommission „Frauengesundheit“ das Thema eingehend erörtert hat, befasste sich auch der Landtag Ende vergangenen Jahres mit dem in der Kommission erarbeiteten Antrag „Patientinnen schützen – derzeitige Praxis der Hormonverschreibungen vor, während und nach den Wechseljahren verändern“. Diesen Antrag (Drs. 13/4744 neu) hatten SPD, CDU und GRÜNE gemeinsam eingebracht.

Inge Howe (SPD) bezeichnete die derzeitige Verschreibungspraxis als Gesundheitsrisiko. Vor allem die Ärzte müssten ihre Patientinnen über die Risiken der Therapie umfassend informieren. Es bestehe dringender Handlungsbedarf.

Ursula Doppmeier (CDU) fand auch, „der Bremsweg ist noch zu lang“. Das Umdenken

Noch zu viele Hormone in den Wechseljahren

Drei Fraktionen fordern dringend Abkehr von risikoreicher Therapie

müsse schneller erfolgen. Dazu müsse eine „möglichst weitgehende breite Basis des Informationsflusses“ hergestellt werden.

Marianne Hürten (GRÜNE) teilte mit, jeden Tag stürben in Deutschland zwei Frauen an einer Krebserkrankung, die durch die Einnahme von Hormonen in Zusammenhang mit den Wechseljahren ausgelöst worden sei. Immer noch werbe die Pharmaindustrie für entsprechende Mittel.

Dr. Jana Pavlik (FDP) warnte vor Misstrauen im „äußerst sensiblen Beziehungsgeflecht zwischen Ärzten und Patienten“. Patientinnen müssten nicht vor uninformierten Ärzten ge-

schützt werden – das sei eine unzulässige Einmischung der Politik in das Vertrauensverhältnis von Arzt und Patient.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) bezeichnete es als Missstand, dass in Deutschland zwischen 1987 und 1995 die Verordnungsmenge um das Zehnfache gestiegen sei. In NRW werde der Umdenkungsprozess unterstützt.

VON MANFRED DEGEN (SPD)

Trotz des Widerstandes der Opposition im Lande gingen zum Schuljahresbeginn 2003/4 235 Offene Ganztagsgrundschulen an den Start. Die Tatsache, dass sich gleich zu Beginn 77 Gemeinden beteiligten, zeigt den Bedarf an einer von der Grundschule organisierten und verantworteten Betreuung im Rahmen eines pädagogischen Konzeptes. Viele Kommunen mit CDU-Mehrheiten beteiligen sich an der Einrichtung der Offenen Ganztagsgrundschule und zeigen damit, dass sie sich ohne ideologische Scheuklappen vom Wohl der Kinder und den Bedürfnissen der Eltern leiten lassen. Die Offene Ganztagsgrundschule dient familien-, gesellschafts- und bildungspolitischen Zielen und wird sich schrittweise zu einem ganztägig geöffneten Haus des Lebens und des Lernens entwickeln. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass gerade durch die Einbeziehung unterschiedlicher Fachkräfte aus Kultur, Musik und Sport die beteiligten Grundschulen eine inhaltliche Bereicherung erfahren haben und sich verstärkt ihrem Umfeld öffnen. Die Offene Ganztagsgrundschule hat viele neue Kooperationen zwischen Schule und der Kinder- und Jugendhilfe angestoßen. Unterstützt durch das Investitionsprogramm des Bundes ist sie schon jetzt ein Erfolgsmodell. Es ist unser Ziel, dass bis 2007 für jedes vierte

Kind ein Platz in der Offenen Ganztagsgrundschule zur Verfügung steht.



VON BERNHARD RECKER (CDU)

Um ein Projekt auf Erfolgskurs zu bringen, müssen die Startbedingungen stimmen und das Ziel bekannt sein. Beides ist bei der Offenen Ganztagsgrundschule nicht der Fall. Bis heute fehlen Rahmenvorgaben zur Qualitätssicherung. Das Niveau kann aber nicht von den finanziellen Möglichkeiten einer Kommune abhängig sein. Sie werden ohnehin durch die Pflicht, bestehende – und bewährte – Betreuungsangebote wie die Horte in die Finanzierung einzubeziehen, unnötig unter Druck gesetzt. Versuche einer „Zwangsbeglückung“ haben noch nie zum Erfolg geführt. Der Ärger über den Verlust bestehender und funktionierender Strukturen wächst. Auch weil es tatsächlich gar nicht um Ganztagsgrundschulen geht, sondern um Ganztagsbetreuung an Grundschulen. Echte Ganztagsgrundschulen sind kostenfrei, das Angebot der Landesregierung verlangt eine Elternbeteiligung bis zu 100 Euro. Das ist ungerecht und pädagogisch wie sozial nicht vertretbar. Das ist kein Beitrag zu größerer Chancengerechtigkeit. Bildungs- und Erziehungsdefizite können mit bloßer Betreuung nicht aufgearbeitet werden. Viele Kommunen können mit dem zur Verfügung stehenden Geld nicht einmal die Hausaufgabenbetreuung ermöglichen. Mit gerade mal acht beantragten Lehrerstellen für die gestarteten 235 Schulen kann daher nicht von Ganztagsgrundschule gesprochen werden. Ganztagsgrundschule bedeutet mehr Unterricht und mehr Zeit für individuelle Förderung.



Erste Erfahrungen –
Ganztagsgrundschulen
im Land NRW auf Erfolgskurs?

VON RALF WITZEL (FDP)

Grundsätzlich ist gegen ein verstärktes Angebot von Nachmittagsbetreuung an der Schule nichts einzuwenden. Das rot-grüne Modell der so genannten Offenen Ganztagsgrundschule hingegen ist in der Praxis gescheitert: Obwohl nicht einmal eine Qualitätsauswahl um das beste Konzept stattfand, konnte die Landesregierung für ihren Modellstart nicht die erhofften 300 Teilnehmerschulen gewinnen. Die Gründe liegen auf der Hand: Die so genannte Ganztagsgrundschule ist die erste Schule ohne Lehrer. Das Konstrukt ist eine große Mogelpackung, die fälschlicherweise den Eindruck vermittelt, hier fände eine zusätzliche Schülerförderung statt. In Wahrheit gibt es keine verbindlichen Standards und keine ergänzenden Unterrichtsangebote. Die Qualifikation der Beaufsichtigungskräfte ist in vielen Fällen strittig, da es überhaupt keine Zugangsvoraussetzungen gibt. Zugleich ordnet die Landesregierung gegen den Willen der Kommunen die Schließung von Horten an, wo versierte Fachkräfte bewährte Arbeit leisten und Heranwachsende weit über das Grundschulalter hinaus betreuen.

Fazit: Die so genannte Ganztagsgrundschule ist gar keine. Sie wird auch keinen Lösungsbeitrag zur Überwindung der PISA-Probleme leisten. Wir brauchen für eine bessere Qualität im Bildungsbereich deutlich mehr individuelle Förderung und echte Ganztagsgrundschulangebote. Die Landesregierung kürzt aber leider genau in den Bereichen, die die Ganztagsgrundschule nicht ersetzen kann und wird.



VON SYLVIA LÖHRMANN (GRÜNE)

In die Primarschulen im Land ist Bewegung geraten: Mehr Zeit für Bildung, Betreuung und Erziehung ist für viele Schulen ein attraktives Angebot. 235 Pionierschulen haben sich schon im laufenden Schuljahr auf den Weg gemacht und setzen in ihrem Konzept für den Offenen Ganztags auf die gleichberechtigte Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe. Die Offene Ganztagsgrundschule ist nicht nur ein Mehr an Schule – sie ist eine andere Schule, eine Schule, die sich durch vielfältige Kooperationen in ihr Umfeld öffnet und die die Erkenntnis umsetzt, dass Kinder – neben der zusätzlichen schulischen Förderung – auch Anderes brauchen: Musik und Sport, Lesekreise und Bastelgruppen, aber auch Zeit zum Spielen und Toben, Zeit zur Ruhe. Wir wissen: Bildung ist mehr als Schule, und Schule ist mehr als Unterricht. Die Landesregierung lässt den Schulen bewusst die Freiheit, ein eigenes Konzept zu entwickeln, das passgenau auf die jeweilige Situation zugeschnitten ist. Offene Ganztagsgrundschulen in Stadtteilen mit vielen Kindern aus Migrantenfamilien bauen so verstärkt Sprachförderangebote in ihre außerunterrichtlichen Aktivitäten ein, Schulen in unmittelbarer Nähe zu einem Sportzentrum setzen vielleicht mehr auf Sport und Spiel. Multi-professionelles Personal ist da ein Muss: Durch den Austausch unterschiedlicher Professionen weitet sich der Blick auf das einzelne Kind, die Bedürfnisse des Kindes werden besser erkannt und individuelle Förderung erleichtert.

Die Offene Ganztagsgrundschule kommt an: bei Eltern und LehrerInnen, vor allem bei den Kindern. Keine Pionierschule denkt daran, auch wenn der Anfang nicht immer einfach ist, die neue Chance aus der Hand zu geben. Viele neue Schulen werden im kommenden Schuljahr die Chance ergreifen. So werden mehr Schulen schrittweise zu Häusern des Lebens und des Lernens.



Mehr Selbstständigkeit für das Ruhrgebiet

Opposition lehnt neuen Regionalverband weiterhin ab

Unbeeindruckt gaben sich die Regierungsfractionen: Mit ihrer Mehrheit verabschiedeten sie im Innenausschuss und Kommunalausschuss den von SPD und GRÜNEN vorgelegten Gesetzentwurf zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen (Drs. 13/3538 neu). Damit sind die Voraussetzungen für die Beratung des Gesetzes durch das Plenum in zweiter Lesung Ende des Monats geschaffen worden.



Rot-Grün wolle das Gesetz „durchdrücken“, erklärte die CDU und bat um eine Verschiebung der Ausschussberatung, bis das Spitzengespräch zwischen Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) und CDU-Fraktionschef Dr. Jürgen Rüttgers Anfang Februar stattgefunden habe. Bei dem Entwurf geht es um die Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit im Ruhrgebiet: Der alte Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) soll danach in einen Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) mit moderner Organisation und gestärkter Planungskompetenz weiter entwickelt werden.

SELBSTVERWALTUNG

In der gemeinsamen Sitzung von Innenausschuss (Vorsitzender Klaus Stallmann, CDU) und Kommunalausschuss (Vorsitzender Jürgen Thulke, SPD) erläuterte Manfred Palmen (CDU) die Ablehnung des Gesetzentwurfs durch seine Fraktion. Die Union sei für die Stärkung des KVR. Alle Gebietskörperschaften müssten dem Verband angehören. Dem KVR neuer Prägung solle die abschließende Planungskompetenz zufallen, „die staatliche Verwaltung soll da nicht noch Einfluss nehmen können“. Außerdem seien das Recht auf Selbstverwaltung und die demokratische Legitimation zu stärken. Generell jedoch, so das abschließende Argument des CDU-Sprechers, gehöre die Neuorganisation des KVR in den größeren Zusammenhang von Überlegungen zur Reform der gesamten Verwaltung des Landes. Palmen: „Die wollen wir als Union mitgestalten, und wir haben auch die Kraft dazu.“

Michael Groschek (SPD) wandte sich gegen jeden Aufschub: „Die Zeit läuft uns weg. Wir

finden schon, dass die Debatte um den KVR endlich zu beenden ist.“ An Einladungen an die CDU, sich einzubringen, habe es nicht gefehlt. Zudem gebe es in der Region einen Diskussionsprozess, der verlange, die Sache nach vorne zu bringen. Groschek: „Außerdem ist der Gesetzentwurf sehr nah am Willen der gewählten Repräsentanten der Region.“ Was die CDU wolle, sei ein „Super-Regierungspräsidium“ im Ruhrgebiet zu verankern, das dirigistisch in kommunal verfasste Organisationen eingreifen könne. Viele Einwände der Union seien aufgegriffen worden, betonte er, und nannte die von der CDU favorisierte Gebietsentwicklungsplanung „historisch überholt“: In der verbindlichen Masterplanung stünde ein moderneres und innovativeres Mittel zur Verfügung, das wolle man im Revier möglich machen. Groscheks Appell an die Union: „Geben Sie sich einen Ruck.“

Auch Brigitte Herrmann (GRÜNE) fand, dass viele CDU-Anregungen in den Entwurf eingeflossen seien: „Wir sind gar nicht so weit auseinander.“ Aber den gewünschten großen Schritt zur Verwaltungsreform könne man „nicht in vier Tagen machen“. Ihrer Auffassung nach sei der RVR-Prozess abgeschlossen. Die Basis sei mit beteiligt gewesen, ihre Vorstellungen habe man aufgenommen. Auch sie forderte die Union auf: „Mischen Sie sich ein, machen Sie mit im parlamentarischen Verfahren.“

Seine Fraktion werde dem Gesetzentwurf nicht zustimmen, kündigte Dr. Ingo Wolf (FDP) an: „Es macht keinen Sinn, einen Teil aus einem dringend reformbedürftigen Ganzen herauszulösen“, stellte er fest. Seine Fraktion wolle bei der Mitgliedschaft mehr, nämlich völlige Freiwilligkeit. Wenn eine Kommune austreten wolle, dann solle dies rechtzeitig vor einer Kommunalwahl erfolgen, damit dieser Schritt dann im

Zwei Ausschüsse, ein Minister – Innenausschussvorsitzender Klaus Stallmann (r.) leitete die gemeinsame Sitzung; Jürgen Thulke (Mitte) stellte als Vorsitzender des Kommunalausschusses das Votum seines Ausschusses fest. Innenminister Dr. Fritz Behrens (l.) plädierte für eine rasche Entscheidung in Sachen Ruhrgebiet.

Foto: Schälte

folgenden Wahlgang dem Votum des Wählers unterzogen werde. Die FDP vermisse auch die demokratische Legitimation. Darum sollten die Mitglieder der KVR-Vertreterversammlung direkt gewählt werden. Auch an der Spitze des Verbandes müsse eine urgewählte Persönlichkeit stehen, verlangte Wolf.

VERWALTUNGSREFORM

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) fand ein schrittweises Vorgehen bei der Verwaltungsreform angemessen. Hier werde nicht der von der Opposition befürchtete Schnellschuss getan. Das Ruhrgebiet warte seit Jahren auf strukturelle Entscheidungen des Landes; die stehen jetzt an: „Die Verantwortlichen im Revier müssen wissen, wie es zwischen Städten und Gemeinden in dieser Region weitergehen soll.“ Mit dem Gesetz werde keine Vorentscheidung über den weiteren Prozess bei der Verwaltungsreform in Lande getroffen. Behrens: „Es geht hier nicht um Fragen der Staatsorganisation, sondern um lokale und regionale Belange.“

Das Modell Harvard auch für NRW?

Interview mit den hochschulpolitischen Sprechern der Fraktionen

Mit ihrem überraschenden Vorstoß, Elite-Universitäten nach amerikanischem Vorbild auch in Deutschland einzurichten, ist die Spitze der Bundes-SPD sowohl bei der Opposition als auch in den eigenen Reihen auf Skepsis gestoßen. Auch NRW-Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft (SPD) äußerte Vorbehalte hinsichtlich dieser Pläne. Braucht NRW wirklich Elite-Universitäten, um sich im internationalen Wettbewerb behaupten zu können? Über diese und andere Fragen sprach Landtag intern mit den hochschulpolitischen Sprechern der Fraktionen: Dietrich Kessel (SPD), Manfred Kuhmichel (CDU), Professor Dr. Friedrich Wilke (FDP) und Dr. Ruth Seidl (GRÜNE).

Sind staatliche Elite-Universitäten ein sinnvolles Mittel, um den wissenschaftlichen Wettbewerb zu fördern oder droht eine „Zwei-Klassen-Bildung“?

Kessel: Ich halte den Begriff Elite-Universität zur Beschreibung des Ziels, die Möglichkeiten für Spitzenleistungen im Hochschulbereich zu verbessern, für ungeeignet. Spitzenleistungen in Forschung und Lehre entstehen nicht einfach aus sich heraus oder durch die Verwendung belasteter Begriffe. Ihre Voraussetzung ist eine breit gefächerte und hervorragend aufgestellte Hochschullandschaft. Nur aus dieser kann sich dann etwas entwickeln, was Spitze ist. Wir haben in NRW ein Hochschulkonzept, das auf die Bildung von Profilen zielt. Wir setzen darauf, dass die Universitäten in den Bereichen, in denen sie jetzt schon stark sind, exzellent werden. Diese Entwicklung fördern wir



Dietrich Kessel (SPD)

unter anderem auch durch die Nutzung wettbewerblicher Elemente bei der Zuteilung von Mitteln aus dem Landeshaushalt. Wer mehr leistet, wer besser ist als die anderen, bekommt auch mehr Geld. In NRW haben wir durchaus Forschungsbereiche, die im internationalen Vergleich konkurrenzfähig sind.

Kuhmichel: Die CDU hat nichts gegen Eliten. Aber wir müssen erstmal unsere Hausaufgaben in NRW nachholen und die Hochschullandschaft in einen finanziellen Zustand bringen, der den Wettbewerb zwischen den einzelnen Standorten ermöglicht. Daraus können sich dann auch Eliten entwickeln. Eliten kann man nicht von oben verordnen. Seit Jahr und Tag fordert die CDU-Fraktion, den gigantischen Sanierungsstau in NRW aufzuarbeiten. Es fehlen allein 250 Millionen Euro, was die Baulichkeiten unserer Hochschulen angeht. Das geht zu Lasten der Studierenden. Des Weiteren fordern wir, dass man in NRW zumindest modellhaft Stiftungshochschulen entwickeln sollte. Das geht nicht von heute auf morgen. In zehn bis 15 Jahren wäre es jedoch möglich, eine Stiftungshochschullandschaft zu entwickeln, in der die Wirtschaft sich in einem größeren Maße als bisher engagieren könnte.



Manfred Kuhmichel (CDU)

Prof. Dr. Wilke: Elite entsteht im Wettbewerb aus einer breiten Qualität und Elite erzeugt eine qualitative Breite. Deshalb brauchen wir Elite-Universitäten, aber wir brauchen auch in der Breite eine qualitativ hervorragende Ausbildung. Beides muss sich gegenseitig befruchten. Das Positive der derzeitigen Debatte ist allein, dass die reale Situation unserer Hochschulen ins Zentrum der öffentlichen Dis-

kussion gerückt wurde. Ansonsten ist es falsch zu glauben, man brauche nur ein wenig Geld in die Hand zu nehmen, um Elite-Universitäten entstehen zu lassen. Elite in Wissenschaft und Forschung entsteht aus Wettbewerb und Freiheit heraus. Dafür müssen wir geeignete Rahmenbedingungen schaffen und die Autonomie der Hochschulen ernst nehmen. Das erfordert eine Änderung der geistigen Grundeinstellung, und die erkenne ich bei Rot-Grün nicht.

Dr. Seidl: Zunächst einmal möchte ich sagen, dass ich die derzeitige Diskussion als sehr positiv empfinde, weil damit das allgemeine Augenmerk auf die Situation an den Hochschulen und den Bildungsbereich insgesamt gelenkt wurde. Es stellt sich nun die Frage, was meint man überhaupt mit dem Begriff Elite-Hochschule? Wenn es darum geht, Bildung zu stärken, die vom Geldbeutel der Eltern abhängt, dann ist der Elitebegriff natürlich abzulehnen. Ich glaube jedoch, dass wir bei uns eine sehr gute, solide und breite Ausbildung haben, die

sich auch im Ausland sehen lassen kann. Diese müssen wir sowohl in der Spitze als auch in der Breite fördern. Zusammenfassend: Wir brauchen keine Elite-Hochschule für einige wenige Studierende, wir müssen die Qualität der Lehre für alle 500.000 Studierenden in NRW verbessern.

Spitzenforschung an den Unis braucht Förderung, doch wo kann in Zukunft das Geld dafür hergenommen werden?

Kessel: Es ist ja so, dass wir den Anteil der Gelder für die Hochschulen an den Gesamtausgaben des Landeshaushaltes in den letzten Jahren auch dank des Qualitätspakts leicht steigern konnten. Das wird sich jetzt auch in diesem Doppelhaushalt wieder zeigen, bei dem wir im Wissenschaftshaushalt einen Zuwachs von 1,3 Prozent haben. Dabei darf man jedoch nicht vergessen, dass die Hochschulen im

Rahmen des Qualitätspakts und in Verbindung mit der Einführung der 41-Stunden-Woche nicht gerade wenige Personalstellen verlieren. Gleichzeitig soll die Anfängerquote bis auf 40 Prozent eines Jahrgangs angehoben werden. Das wird angesichts der personellen Ausstattung der Hochschulen nur mit einem sich weiter verschlechternden Betreuungsverhältnis möglich sein. Auch deshalb brauchen wir zusätzliche Mittel für die Hochschulen und eine zielgerichtete Lenkung der jetzt vorhandenen Mittel. Wenn der Bund zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen würde, dann ist uns das natürlich herzlich willkommen.

Kuhmichel: Die CDU hat zu dem Zeitpunkt, als das Bau- und Liegenschafts- Betriebs-Gesetz in der Debatte war, deutlich gemacht, dass hier eine gute Gelegenheit bestünde, die Hochschulen in die Autonomie der Bewirtschaftung ihrer Liegenschaften zu entlassen. Darüber hinaus haben wir angeregt, Landesbeteiligungen zu Gunsten von Hochschulen abzugeben. Das ist bei dem immer desolater gewordenen Haushalt jetzt kaum noch möglich. Deshalb müssen wir darüber nachdenken, ob im Zusammenhang mit der Rückführung der Kohlesubventionen hier nicht Milliarden freigesetzt werden müssen, um in einem mehrjährigen Programm die Hochschulen in eine Situation zu bringen, dass sie ordentlich arbeiten können. Und in diesem Zusammenhang ist auch das Stichwort Studiengebühren durchaus angebracht. Ich kann nicht verstehen, warum sich Bundesministerin Bulmahn auch im Rahmen der Elitedebatte gegen Studiengebühren ausgesprochen hat.

Prof. Dr. Wilke: Ich erinnere mich noch sehr gut an vergangene Haushaltsdebatten. Die FDP hat stets deutlich mehr Geld für Bildung, auch für unsere Hochschulen gefordert. Unsere Anträge wurden abgeschmettert, es sei kein Geld vorhanden. Heute muss ein viel größerer Betrag eingespart werden – und plötzlich geht es. Es ist also keine Frage des Geldmangels, sondern der Prioritätensetzung. Wenn man die vielen großen und kleinen „rot-grünen Spielwiesen“ auflistet und addiert, dann wird deutlich, was wirklich vorhanden ist, von der Kohlesubventionierung ganz abgesehen. Mit diesem Geld in Wissenschaft und Forschung wäre viel gewonnen. Deutschland gehört nach wie vor zu den reichen Nationen. Wir müssen und wir können uns mehr Geld für unsere Hochschulen leisten.

Dr. Seidl: Das ist eine gute Frage, da wir derzeit auf der Grundlage eines schwierigen Haushaltes diskutieren. Im Vergleich zu anderen Bundesländern stehen wir in NRW jedoch noch sehr gut da, weil die Hochschulen dank des Qualitätspaktes Haushaltssicherheit haben. Aber wenn man zusätzliche Spitzenförderung erreichen möchte, braucht man natürlich auch

mehr Geld. Und man kann nur dankbar sein, wenn die Bundesebene uns dieses Geld anbietet, z.B. in Form von Goldreserven. Ich halte es für keine schlechte Idee zu sagen, wir bilden einen Fonds und lassen die Zinserträge in die Bildung fließen. Ob das ausreicht, wird sich zeigen. Darüber hinaus sind wir derzeit dabei, die vorhandenen Ressourcen sinnvoller einzusetzen. Mit dem Hochschulkonzept 2010 greifen wir die Verbesserungsvorschläge aus dem Bericht des Expertenrates auf, der ja eine Analyse der Stärken und Schwächen unserer Hochschul-Landschaft gemacht hat, und entwickeln sie weiter.



Prof. Dr. Friedrich Wilke (FDP)

Muss die Hochschulpolitik Ländersache bleiben? Oder macht es tatsächlich Sinn, Elite-Unis über den Bund zu fördern?

Kessel: Im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte über die Entwicklung der Hochschullandschaft macht eine Diskussion über Zuständigkeiten von Bund und Ländern keinen Sinn. Hochschulpolitik muss in erster Linie Ländersache bleiben. Der Bund beteiligt sich mit erheblichen Geldern an der Forschungsfinanzierung. Zusammen mit seinen Förderprogrammen z.B. auf den Feldern der Zukunftstechnologien trägt er dazu bei, Spitzenforschung in Deutschland zu ermöglichen.

Kuhmichel: Ich meine, dass man zunächst einmal – dem Verfassungsauftrag der Kulturhoheit der Länder folgend – sehen muss, wie man im eigenen Hause klar kommt. Vielleicht kann sich aus einem Zusammenwirken in den einzelnen Ländern auch über Ländergrenzen hinweg die Idee entwickeln, bundesweit so etwas zu machen. Aber das muss von unten wachsen, sonst wird sich die jeweils vorhandene Hochschullandschaft zurückgesetzt fühlen und hier der Eindruck entstehen: Wir kämpfen dafür, mit wenig Geld noch das Beste herauszuholen und jetzt kommt der Staat und stampft Elite-Universitäten

aus dem Boden, nur um sich nach außen damit brüsten zu können.

Prof. Dr. Wilke: Wenn man den Gedanken autonomer Hochschulen im Wettbewerb ernst nimmt, dann ist Spitzenleistung nicht in erster Linie eine Frage der Zuständigkeiten der Länder oder des Bundes, sondern Angelegenheit der Hochschulen selbst. Sie muss sich unabhängig von Ländergrenzen im nationalen und internationalen Wettbewerb gegen andere Hochschulen beweisen. Die Länder müssen entsprechende Rahmenbedingungen gestalten, dies muss auch Ländersache bleiben. Selbst das Hochschulrahmengesetz ist weitgehend überflüssig. Es gibt wenige Bereiche, die auf Bundesebene angesiedelt sein können, wie eine gemeinsame Baufinanzierung oder auch bundesweite Forschungsförderung. Allerdings ist die Vorstellung der SPD-Spitze, man könne durch ein paar Bundesgelder in Deutschland bis 2010 Harvard kopieren, an Naivität kaum zu überbieten und angesichts der Mittelkürzungen unehrlich.

Dr. Seidl: In der aktuellen Föderalismusdebatte geht es darum, in einem zusammenwachsenden Europa die Länder zu stärken. Ich halte es deshalb für richtig, dass die Länder verantwortlich bleiben für die Hochschulpolitik. NRW hat die größte Hochschullandschaft Europas. Diese könnte aus meiner Sicht nicht vom Bund aus gesteuert werden. Aber wenn uns der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau oder Forschungsförderung zusätzliche Mittel zukommen lässt, dann begrüßen wir das natürlich.



Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)
Fotos: Schälte

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.

Proteste gegen Kürzungen fanden Gehör

Koalitionsfraktionen schichteten 120 Millionen Euro um

In einem mehrstündigen Abstimmungs-Marathon beschloss der Haushalts- und Finanzausschuss unter Vorsitz von Volkmar Klein (CDU) am 15. Januar die von SPD und GRÜNEN beantragten Änderungen an den Entwürfen des Finanzministers für den Doppelhaushalt 2004/2005 (mit 1. und 2. Ergänzung), für die Gemeindefinanzen und im Haushaltsbegleitgesetz. Ein Gesamtvolumen von 120 Millionen Euro in 2004 und 140 Millionen in 2005 wurde umgeschichtet. Die von der CDU- und FDP-Opposition beantragten Änderungen wurden abgelehnt.

Zustimmung zu einem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen im Haushaltsausschuss, v.l. Staatssekretär Dr. Harald Noack, Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD), Vorsitzender Volkmar Klein (CDU) und (halb verdeckt) SPD-Sprecherin Gisela Walsken. Fotos: Schälte

Zunächst ging es um die Einsparungen im Haushaltsbegleitgesetz. Zu den Kürzungen übernahm der Haushaltsausschuss die Beschlüsse der Fachausschüsse mit mildernden oder differenzierteren Neuregelungen. Beim neuen Wasserentnahmeentgelt erweiterten die Koalitionsfraktionen die Ausnahmen. Das Entgelt wurde von 5 auf 4,5 Cent pro Kubikmeter abgesenkt. Neu eingefügt wurde eine öffent-

bei der Opposition mit einem neuen Ansatz in Höhe von 12,5 Millionen Euro als „Zuschuss für das Cologne Science Center“, das die Stadtsparkasse Köln errichten will: Die Mittel seien für die Erstausrüstung mit Exponaten des „interaktiven Wissenschaftsmuseums“ bestimmt.

Die Mehrausgaben, auf die sich die Arbeitskreise der SPD und der GRÜNEN unter Führung ihrer Sprecherinnen Gisela Walsken und Edith Müller geeinigt hatten, um die von der Landesregierung vorgesehenen Ausgabenkürzungen abzumildern, sollen unter anderem durch titelscharfe Ausgabereise-Bewirtschaftung und eine geringfügige Erhöhung der globalen Minder Ausgaben für sächliche Verwaltungsmittel gedeckt werden.

Vor allem setzt die FDP auf den Rückzug des Landes aus der Steinkohleförderung: Die „nationale Energiereserve“ müsse vom Bund finanziert werden.

In der Generalausprache zum Etatentwurf 2004/2005 am 8. Januar kritisierte die Opposition das Beratungsverfahren. Den Fraktionen fehle der Durchblick zur Bewertung der Auswirkungen der 2. Ergänzung, die die Beschlüsse des Vermittlungsausschusses des Bundesrats in Berlin vom Dezember 2003 umsetzt. Helmut Diegel (CDU) kündigte an, seine Fraktion werde prüfen, ob die Schuldenneuaufnahme bei den Gemeindefinanzen verfassungsgemäß sei. Die CDU sei gegen neue Schulden. Ihre Anträge seien gedeckt.

Edith Müller (GRÜNE) wies auf die schwierige Haushaltslage und gemeinsame Berliner Beschlüsse hin, die allerdings enttäuschend seien. Frau Müller lobte die ernsthaften Beratungen in den Fachausschüssen und stellte fest, bei Gesprächen vor Ort habe es viel Verständnis gegeben. Zuwendungsempfänger hätten sich selbst um Kompensation gekürzter oder gestrichener Mittel bemüht. Blockaden seien ausgeräumt worden. Flexiblere Förderrichtlinien würden als Ausweg befürwortet.

Auch Gisela Walsken (SPD) sah eine neue Qualität der Beratungen sowohl bei der internen Kommunikation als auch in der Auseinandersetzung mit Betroffenen. Sehr konstruktive Gespräche und intensive Diskussionen mit den Bürgern habe es gegeben. Die Botschaft „Es kann nicht so weitergehen wie bisher“, sei angekommen. Viele Strukturen gehörten auf den Prüfstand.

Angela Freimuth (FDP) vermisste durchgreifende Veränderungen beim Personalhaushalt und grundsätzliche Entscheidungen über die zukünftig möglichen Leistungen des Landes. Immer noch gebe es unnötige Haushaltsansätze. Nach Meinung der FDP dürfe bei Bildung, Schule, Jugend nicht gekürzt werden. Zu Reformen des föderalen Systems und bei Gemeinschaftsaufgaben könne es vielleicht gemeinsame Positionen geben.



Damit die Abgeordneten den Überblick behalten konnten, hatte das Ausschusssekretariat umfangreiche Unterlagen bereitgestellt, hier ein Teil davon. Die Änderungsvorschläge der CDU lagen erstmals vor und waren in den Fachausschüssen nicht beraten worden, weil die Fraktion die neuesten Zahlen berücksichtigen wollte.

NEUE STELLEN

Die CDU wollte Ausgaben für Sachverständige um fast 60 Millionen Euro kürzen und mit eingesparten Mitteln die Neuverschuldung absenken und „den dramatischen Investitionsstau“ beseitigen. Durch den Verkauf von 24,9 Prozent des Sondervermögens des Bau- und Liegenschaftsbetriebs erwartet die CDU Einnahmen in Milliardenhöhe. Mit den eingesparten Ausgaben sollten unter anderem neue Stellen bei Polizei und Justiz geschaffen, der Jugendplan in gleicher Höhe wie im Jahr 2003 gefördert, Ganztagschulen flächendeckend finanziert und Familienhilfe höher gefördert werden.

Ein CDU-Antrag, der zur 3. Lesung angekündigt wurde, hat Chancen auf Zustimmung aller Fraktionen. Der Weltjugendtag 2005 der katholischen Kirche, zu dem der Papst und bis zu 800.000 Jugendliche auf dem Flugplatz Bonn-Handlar erwartet werden, soll mit Landesgeld unterstützt werden.

Die meisten Änderungsanträge der FDP berührten das Umweltressort. „Notwendig ist eine Beschränkung auf das Wesentliche“, heißt es oft in der Begründung. Die Abwasserabgabe habe sich überlebt, durch geringere Abgaben könnten die Unternehmen entlastet werden.

lich-rechtliche Erklärungspflicht für Endabnehmer und Wasserlieferanten, wenn die Wasserversorgung nicht in einer Hand liegt.

Am Haushaltsentwurf 2004/2005 beschlossen die Koalitionsfraktionen Änderungen an allen Einzelplänen. Dabei sorgten sie für Überraschung

Landesparlamente wollen mehr Einfluss auf Gesetzgebung



Hauptausschuss nimmt Bericht aus Föderalismuskommission entgegen

Als „ehrgeizig aber erforderlich“ bezeichnete Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) die Absicht, Ende des laufenden Jahres in der von Bundestag und Bundesrat im Oktober 2003 eingerichteten Föderalismuskommission zu einer Einigung zu kommen. Dieses Gremium hat die Aufgabe, Vorschläge zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung mit dem Ziel zu erarbeiten, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern zu verbessern, die politischen Verantwortlichkeiten deutlicher zuzuordnen und die Zweckmäßigkeit und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu steigern. Am 8. Januar gab das Kommissionsmitglied Gerhards vor dem Hauptausschuss (Vorsitzender Edgar Moron, SPD) den Ausschussmitgliedern einen Sachstandsbericht.

Der Justizminister erwähnte, dass die Kommission zwei Arbeitsgruppen („Gesetzgebungskompetenzen und Mitwirkungsrechte“ sowie „Finanzbeziehungen“) eingerichtet, und Mitte Dezember eine Sachverständigenanhörung durchgeführt habe. Zum Gesetzgebungsverfahren sei man darin einig, dass die Gestaltungsmöglichkeiten der beiden staatlichen Ebenen Bund und Länder vergrößert werden müssten: „Dazu sollen Gesetzgebungsmaterien aus der Zuständigkeit des Bundes auf die Länder übertragen und im Gegenzug die Zustimmungsbedürftigkeit von Bundesgesetzen im Bundesrat reduziert werden.“ Wie das zu erreichen sei, darüber gingen allerdings die Meinungen von Bund und Ländern auseinander, betonte der Justizminister.

Auch wenn in der Kommission eine Annäherung darüber festzustellen gewesen sei, dass sich die Rahmengesetzgebung nicht bewährt habe und deshalb abgeschafft werden sollte, so gebe es bei dem zentralen Vorschlag der Länder

zur Einführung von Zugriffsrechten für die Landesgesetzgebung weitgehend Skepsis auf Seiten von Bundestag und Bundesregierung.

Dieser Begriff, der auf die Forderung einer „Vorranggesetzgebung“ für die Länder aus der Lübecker Erklärung der Landtagspräsidenten vom 31. März vergangenen Jahres zurückgeht, sei ein Novum in der deutschen Verfassungstradition und – wenn er realisiert würde – mit einer Bedeutungssteigerung der Landesparlamente verbunden, erklärte Gerhards. Sie sollten mehr Gestaltungsmöglichkeiten als bisher erhalten, damit sie künftig besser auf regionale Bedürfnisse und Herausforderungen eingehen könnten.

RECHTSZERSPLITTERUNG

Den Einwand, ein solches Zugriffsrecht trage zu einer Rechtszersplitterung in Deutschland bei, ließ der Minister nicht gelten. Alles, was zur Vermeidung von Rechtszersplitterung einheitlich zu regeln sei, könne heute ohnehin weitgehend nur europaweit geregelt werden. Den europarechtlichen Rahmen müssten die Landesparlamente in jedem Fall einhalten –

Die Landesregierung setzt sich mit Minister Gerhards (L) in der Föderalismuskommission für die Belange des Landesparlaments ein – die Mitglieder des Hauptausschusses und der Vorsitzende Moron (Mitte) nahmen dies mit kritischem Interesse zur Kenntnis. Rechts im Bild Ausschussassistent Frank Schlichting. Foto: Schälte

auch wenn sie vorhätten, vom Bundesrecht abzuweichen. Wo es keine europarechtlichen Vorgaben gebe, so fuhr Gerhards unter Hinweis auf die Beispiele Dienstrecht und Hochschulrecht fort, sei die Furcht vor Zersplitterung unbegründet. Denn die Landesparlamente würden berücksichtigen, dass im Interesse der Rechtssicherheit und Wirtschaftlichkeit von erforderlichen bundeseinheitlichen Regelungen nicht abgewichen werden könne.

BEDENKEN

Die Abgeordneten fanden die von Gerhards gewährten Einblicke in die Arbeit der Kommission interessant und dankten dem Minister dafür. Angesichts der Tatsache jedoch, dass neben den 32 von Bundesrat und Bundestag entsandten stimmberechtigten Mitgliedern (nur) sechs Abgeordnete aus den 16 Landesparlamenten als beratende Mitglieder – ohne Stimmrecht, aber mit Rede- und Antragsrecht – angehören, wurden die alten Bedenken laut, ob den berechtigten Belangen der Landesparlamente mit dieser Art der Beteiligung ausreichend gedient ist. Der Justizminister seinerseits mahnte, Länderpositionen seien in der Kommission nur dann mit Erfolg durchzusetzen, wenn alle Länder, egal ob SPD- oder Unions-geführt, bei der Formulierung ihrer Verhandlungspositionen gegenüber dem Bund eine einheitliche Linie verfolgten und in der Argumentation eng beieinander blieben. 🗣️



NRW-Schiennahverkehr

Es bleibt beim Integrierten Taktfahrplan 2

Im Verkehrsausschuss berichtete am 8. Januar der Geschäftsführer der Agentur Nahverkehr Burkhard Bastisch über die neue Dachgesellschaft des Landes.

Im Verkehrshaushalt müssen 30 Millionen Euro eingespart werden. Einem Sperrvermerk bei Fördermitteln für Qualität, Sicherheit und Service im Schiennahverkehr stimmten alle Fraktionen zu. V.l. Heinz Hardt (CDU), Ausschussvorsitzender Manfred Hemmer (SPD), Oliver Keymis (GRÜNE), Christof Rasche (FDP). Fotos: Schälte

Die Agentur Nahverkehr GmbH wurde am 24. November 2003 gegründet. Sie bündelt die Arbeit der neun regionalen NRW-Zweckverbände, koordiniert mit dem Verkehrsministerium und soll die Position gegenüber der Deutsche Bahn AG stärken. Auch die Einführung des landesweiten NRW-Tickets gehört zu den Aufgaben. Demnächst würden die „Kompetenzzentren“ Köln und Unna ihre Arbeit aufnehmen, teilte Bastisch mit. Im ersten Wirtschaftsplan sind 50.000 Euro pro Zweckverband und Mittel für vier bis fünf Stellen vorgesehen.



Burkhard Bastisch leitet kommissarisch die Agentur Nahverkehr.

Fahrplan-Problemen und zum „Herbstchaos“ geführt. Viele Verspätungen schaukelten sich auf. Das Angebot im Ruhrgebiet sei nicht transparent. Der Fernverkehr weiche vom Takt ab. Bei der DB fehle es an Fahrzeugen, Wartungs- und Werkstattkapazitäten sowie Personal. Auch disponiere sie zu Gunsten des Fernverkehrs.

Bastisch äußerte sich überzeugt, dass der Integrierte Taktfahrplan (ITF) 2 fahrbar sei. Mehrere und unterschiedlich zu gewichtende Gründe hätten zu

„Zuerst die schlechte, dann eine gute Nachricht“, sagte Staatssekretär Jörg Hennerkes im Verkehrsausschuss zum Thema Modernisierung der Bahnhöfe. Die schlechte Nachricht: Die Bahn halte die vertragliche Verabredung, 109 NRW-Bahnhöfe zu modernisieren, nicht ein, weil keine Mittel dafür zur Verfügung stünden. Die gute Nachricht: Es gebe intensive Gespräche über 70 Projekte, die bis 2008 realisiert werden sollten. Die Aussichten für einen neuen Vertrag seien sehr gut. Die Projekte für die Fußball-Weltmeisterschaft würden vorgezogen.

Zur Beseitigung von Bahnübergängen und für Ortsumgehungen stehen in diesem Jahr mehr Mittel zur Verfügung als zunächst vorgesehen, teilte Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann im Verkehrsausschuss am 20. Januar mit. Er erläuterte zehn neu aufgenommene Maßnahmen, darunter die Anbindung des Müngersdorfer Stadions in Köln an die A 4 für die Fußball-Weltmeisterschaft. Zwei Ortsumgehungen würden im Landesstraßenbedarfsplan aufgestuft, weil die Kommunen sich zur Mitfinanzierung bereit erklärt hätten. Das Projekt „Ruhrpilot“ sei in vollem Gange.

SCHADENSERSATZ

Ein Rekord an Zugausfällen und geringe Pünktlichkeit seit dem Winterfahrplan habe auch den ITF 2 in Misskredit gebracht. Dennoch gebe es genügend Strecken, wo der ITF 2 sehr gut funktioniere. Vom verkehrspolitischen Sprecher der SPD Gerhard Wirth auf Schadensersatz angesprochen, schätzte Bastisch die Pönalerückflüsse von der DB an das Land auf sieben Millionen Euro, eventuell mehr.

Meistergründungsprämie Erfolgreichstes NRW-Programm wird nicht gekürzt

Ohne Wirtschaft keine Steuern, ohne Steuern kein Staat.“ Auf diese Kurzformel brachte CDU-Sprecher Christian Weisbrich im Wirtschaftsausschuss (Vorsitz Dr. Helmut Linsen, CDU) seinen Kommentar zum Haushaltsentwurf für den Einzelplan 15 – Wirtschaft und Arbeit – am 7. Januar. Auch FDP-Sprecher Dr. Gerhard Papke sparte nicht mit Kritik und forderte erneut als „Befreiungsschlag“, den Landesanteil an der Steinkohlebeihilfe schon in diesem Jahr komplett zu streichen.

Beide Oppositionssprecher lobten aber die Meistergründungsprämie. Weisbrich: Das erfolgreichste Wirtschaftsförderprogramm von NRW. Mit dem Einsatz von 2.000 Euro könne ein Dauerarbeitsplatz geschaffen werden, pro Jahr seien 50 bis 60 Existenzgründungen möglich. Werner Bischoff (SPD) betonte, das erfolgreiche Programm werde weiterentwickelt, und die Mittel würden erhöht.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Die Meistergründungsprämie gebe es in gleicher Höhe wie 2003

auch in den beiden Folgejahren. Allerdings werde es wegen der Änderung der Handwerksordnung nicht mehr so viele Anträge geben. Den FDP-Antrag, die Haushaltsmittel für die Meistergründungsprämie auf zehn Millionen Euro in den beiden Haushaltsjahren aufzustocken, lehnten SPD und GRÜNE ab. Seit 1995 seien von den 8.500 Existenzgründern 45.000 Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen worden, hatte die FDP begründet und gemeint, nur so seien ausreichende Mittel für alle Anträge vorhanden.

Von dem Titel „Euregionales Zentrum für Luftverkehr Weeze Laarbruch“ wandelten SPD und GRÜNE 2,25 Millionen Euro in eine Verpflichtungsermächtigung fällig 2006 um. Die CDU befürchtete, die Baureife des Geländes des ehemals britischen Flugplatzes könne ins Stocken geraten. Wirtschaftsminister Harald Schartau antwortete, die flughafentechnischen Teile des Projekts seien ausfinanziert.

Das Saarland als Vorbild für NRW?

Debatte über konkurrierende Ausbildungskonzepte in der Altenpflege

Das die Altenpflegeausbildung einer grundlegenden Reform bedarf, darüber herrschte Einigkeit unter den Experten, die im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) gehört wurden. Bereits im Sommer letzten Jahres hatte dies der Bundesgesetzgeber erkannt und das Bundesaltenpflegegesetz novelliert. Es lässt den Bundesländern jedoch weitreichende Gestaltungsspielräume. Daher herrschte bei den Sachverständigen Uneinigkeit in der Frage der Umsetzung der Bundesvorgaben für NRW. Grundlage für die Anhörung war ein Antrag der CDU (Drs. 13/4033), ein vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) entwickeltes Curriculum zur Grundlage einer bundeseinheitlichen Altenpflegeausbildung zu machen.

Als „durchweg ermutigend“ bezeichnete die saarländische Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales, Dr. Regina Görner, die ersten Erfahrungen mit dem Curriculum. Bereits im Oktober 2002 hatte im Saarland die mit fachlicher Unterstützung des BiBB neu konzipierte Altenpflegeausbildung begonnen. Im Bereich der Altenpflege sei ein Fachkräftemangel zu beklagen. Primäres Ziel sei es daher gewesen, die Qualität der Altenpflegeausbildung und die Attraktivität des Berufszweigs zu verbessern. Dies sei augenscheinlich gelungen, so die Ministerin.

Ein Kernpunkt des Curriculums ist es, neben der bisher dominierenden schulischen Ausbildung auch die praktische Ausbildung zu einem eigenständigen Teil der Altenpflegeausbildung zu erklären. Hierdurch sei eine „weitgehende Annäherung der schulischen und betrieblichen Bildungssysteme“ gelungen. Als weiteren „Schritt nach vorn“ nannte die Ministerin die Integration der Altenpflegehelferausbildung in die dreijährige Fachausbildung zum Altenpfleger bzw. zur Altenpflegerin. Nach einer einjährigen Qualifikationsdauer erhalten die Auszubildenden einen Abschluss als Altenpflegehelfer. Auch dies habe dazu beigetragen,



Die saarländische Gesundheitsministerin Dr. Regina Görner (r.) warb bei der Anhörung im nordrhein-westfälischen Arbeitsausschuss für das Modell der Altenpflege, das in ihrem Heimatland praktiziert wird. Mit auf dem Bild Ausschussvorsitzender Bodo Champignon (SPD, Mitte) und Hermann-Josef Arentz (CDU, l.).
Foto: Schälte

den Zugang zu diesem Berufsfeld insgesamt zu öffnen bzw. zu erleichtern – sowohl für Jugendliche mit Hauptschulabschluss als auch für ältere Berufsein- oder -umsteiger.

Kritisiert wurde die Integration der Helfer- ausbildung in die Fachausbildung von Günther Neuses, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrts- pflege NRW. Der Versuch, innerhalb einer Ausbildung beide Qualifikationen vermitteln zu wollen, führe zwangsläufig zu einer Unter- forderung derjenigen, die die Fachkraftaus- bildung anstrebten. „Wir halten eine klare Trennung der Verantwortlichkeiten von Pflege- fachkraft und Pflegehilfskraft für unerläs- slich.“ Als positiv bewertete er hingegen die stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis.

INNOVATION

Zu einer uneingeschränkt positiven Be- wertung des Curriculums gelangte Professor Dr. Thomas Bals von der Uni Dresden: „Das Curriculum repräsentiert ein insgesamt über- zeugendes innovatives didaktisches Konzept, das die strukturellen und inhaltlichen Mängel des Bundesgesetzes offensiv aufgreift, sich um die Anschlussfähigkeit der Altenpflegehilfe- ausbildung bemüht und dem aktuellen beruf- spädagogischen Diskussionsstand Rechnung trägt.“

Bei Professorin Dr. Barbara Knigge-Demal (Fachhochschule Bielefeld) hingegen stieß das BiBB-Konzept auf klare Ablehnung. Es ent- spräche in vielen Bereichen nicht den Vorgaben des Bundes. Knigge-Demal bemängelte zudem die unterschiedliche Schwerpunktsetzung in den theoretischen und praktischen Ausbildungs- teilen. „Im Grunde genommen bleibt es den Lehrern überlassen, wo in der Ausbildung Schwerpunkte gesetzt werden.“ Dies wider- spreche dem Ziel des Gesetzgebers, eine bundes- einheitliche Altenpflegeausbildung zu schaffen. Sie plädierte dafür, die im Juli 2003 im Auftrag des Gesundheitsministeriums NRW erarbeitete „Richtlinie für die Altenpflegeausbildung in NRW“ als Grundlage für eine Erneuerung des Ausbildungskonzepts heranzuziehen. Unter- stützung erhielt sie hierfür von der Mit- autorin der NRW-Richtlinie, Professorin Ger- trud Hundenborn (Katholische FH NRW).

Dr. Wolfgang Becker, Arbeitsbereichsleiter des BiBB, wies die Vorwürfe seiner Vorred- nerinnen zurück. Die öffentliche Anerkennung des BiBB-Curriculums sei nicht zuletzt durch die Verleihung des Hauptpreises der Robert-Bosch- Stiftung im Wettbewerb um innovative Aus- bildungskonzepte in der Pflege (September 2003) unstrittig. „Die NRW-Richtlinie vermag es bedauerlicherweise nicht, die für die sozial- politisch zwingend notwendige Steigerung der Attraktivität des Ausbildungsberufes Altenpflege notwendigen Impulse zu setzen“, so Becker. ax



Ausgesprochen herzlich verlief der Neujahresempfang der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe, zu dem die Vorsitzende Vizepräsidentin Edith Müller (L.) Berater, Wegbegleiter und Freunde eingeladen hatte. Neben Gästen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur konnte Müller die Generalkonsulin des polnischen Generalkonsulats in Köln, Elzbieta Sobotka (r.), begrüßen. Dabei betonte die Vizepräsidentin, der Landtag habe im vergangenen Jahr fraktionsübergreifend beschlossen, die Beziehungen zu Polen auszubauen. Diese EntschlieÙung sei Arbeitsgrundlage für das Wirken der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe. Foto: Schälte

Höhn kündigt Vorstoß in Brüssel an Die Chemikalien-Verordnung der EU muss geändert werden


Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) stellte dem Europa-Ausschuss am 14. Januar die Ergebnisse des Planspiels der Landesregierung zu den Auswirkungen der geplanten EU-Chemikalien-Verordnung auf die chemische Industrie in Nordrhein-Westfalen vor. Der Verordnungsentwurf hatte zu zahlreichen Eingaben aus der NRW-Industrie geführt. Das Planspiel wird am 4. Februar in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalens in Brüssel präsentiert.

Ministerin Höhn hielt es für unangebracht, dass für neue Stoffe verbindliche Regelungen getroffen würden, während für die Vielzahl der Altstoffe nichts vorgesehen sei. Sie trat für die Gleichbehandlung von Alt- und Neustoffen ein. Die geplante Verordnung lege den Chemieunternehmen erhebliche Registrierungs- und Risikoabschätzungspflichten auf. Ziel müsse sein, auch gefährliche Altstoffe in den Griff zu bekommen.

Im Rahmen des Planspiels sei es nicht um das Ob, sondern um das Wie gegangen. Zum Verordnungsentwurf über die Registrierung, Evaluierung, Autorisierung und Beschränkung von Chemikalien (REACH) habe sich die Landesregierung auf die praktische Umsetzung in den folgenden vier Wertschöpfungsketten konzentriert:

- Veredlung von Textilien (Textilkette = TEX)
- Spritzlackierung bei Reparaturarbeiten an Fahrzeugen (Lackkette = LACK)
- Herstellung geschäumter Kunststoffe (Kunststoffkette = KU)
- galvanische Oberflächenbehandlung (Galvankette = GAL)

Es habe sich gezeigt, dass der bisherige Verordnungsvorschlag noch nachgebessert werden müsse. Die Anforderungen seien teilweise zu vage formuliert oder zu kompliziert. Viele kleine und mittlere Unternehmen seien mit der Datenerhebung und Risikoabschätzung überfordert. Die jetzige Fassung beeinträchtige erheblich die Konkurrenzfähigkeit der NRW-Chemie-Industrie.

An dem Planspiel hätten sich 24 große, kleinere und mittlere Unternehmen beteiligt, berichtete Ministerin Höhn, und es habe sich gezeigt, dass diese bereits vom Planspiel erheblich profitiert hätten. Wichtige und praktische Verbesserungsvorschläge sollen in den weiteren europäischen Rechtssetzungsprozess einfließen. Das Ministerium sei im engen Kontakt mit der Europäischen Kommission. 

Im Ausschuss für Kommunalpolitik (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) stellten die Abgeordneten in der Sitzung am 7. Januar bei der Beratung eines FDP-Antrags zum Wegfall der Gewerbesteuer fest, die Reform der Gemeindefinanzen sei im Berliner Vermittlungsausschuss gescheitert. Sie lobten das große Engagement des NRW-Innenministers und baten ihn, die Bemühungen um eine grundlegende Reform auf Bundesebene fortzusetzen.

Manfred Palmen (CDU): „Die kommunale Familie hängt weiter im Schacht.“ Heinz Wirtz (SPD): „Wir sind nicht zufrieden mit dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses.“ Hans Peter Lindlar (CDU): Entscheidender Fehler sei die Festlegung auf zwei Themen gewesen, die Reform der Gewerbesteuer und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Ralf Jäger (SPD): Es habe eine Systementscheidung gegeben, nämlich kein eigenes


Reform der Gemeindefinanzen

In Berlin gescheitert, aber NRW bleibt am Ball

Heberecht der Kommunen, etwa für eine Gemeindefinanzreform. Ewald Groth (GRÜNE): „Etwas mehr als ein Notprogramm.“ Dr. Ingo Wolf (FDP): Die Vorschläge aller Parteien seien gescheitert. Die Spitzenverbände hätten sich auf einem Irrweg befunden.

Die Kommunalpolitiker hatten bundesweit Haushaltsdefizite in Höhe von zehn Milliarden Euro ermittelt. Nach dem Vermittlungsausschuss gibt es als „Soforthilfe“ nur die Rückführung der Gewerbesteuerumlage auf 20 statt 27 Pro-

zent wie vor drei Jahren, etwa 2,5 Milliarden Euro. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden die Kommunen von Sozialkosten entlastet. Allerdings bedrohen neue Lasten die kommunalen Haushalte: die Kosten der Eingliederung von Behinderten und der Unterbringung von Langzeitarbeitslosen.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) bestätigte, das Ergebnis sei „Hilfe in Not“, aber keine große Reform. Selbst die „Hilfe“ wäre ohne NRW nicht zu Stande gekommen: „Ohne uns hätte es nicht mal das gegeben.“ Er hätte sich ein anderes taktisches Vorgehen der Bundesregierung gewünscht, sagte Behrens und sicherte den Kommunalpolitikern sein weiteres Engagement für eine dauerhaft verlässliche Finanzausstattung der Gemeinden zu. Die Gemeindefinanzreform bleibe auf der Tagesordnung. 

Wohnungsverkauf berührt nicht die Rechte der Mieter

Ausschuss plant für Anfang März Anhörung zum Thema

Der Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen wird am 3. März eine öffentliche Anhörung zum Mieterschutz beim Verkauf von Wohnungen in NRW durchführen. Grundlage sind dabei, wie Vorsitzender Wolfgang Röken (SPD) feststellte, die von der CDU-Fraktion und den Koalitionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegten Anträge (Drs. 13/4487 und 13/4560).

In der Sitzung zu Beginn des neuen Jahres ging es um dieses Thema: Von der Insolvenz eines Unternehmens sind rund 1.800 Wohneinheiten in Düsseldorf und Neuss betroffen, die von der Landesentwicklungsgesellschaft NRW (LEG) im Jahre 1999 verkauft worden waren. Neben dem vorrangigen Schutz der Mieterinnen und Mieter war auf Antrag der CDU-Fraktion auch die Frage aufgeworfen worden, was aus der Restkaufpreisforderung der LEG in Höhe von acht Millionen Euro wird.

KAUTIONEN

Staatssekretär Manfred Morgenstern vom Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport betonte, die Mieterinnen und Mieter hätten nichts zu befürchten. Es bestehe eine fortlaufende Sozialbindung bis ins Jahr 2011. Die Kauttionen seien nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch gesichert. Schon vor der Insolvenz habe auf Betreiben einer großen Gläubigerbank

die WestLB die Mietkontenverwaltung übernommen und so die Bewirtschaftung und die Vorauszahlungen auf die Betriebskosten gesichert. Der Insolvenzverwalter habe ein Interesse an der Erhaltung eines guten baulichen Zustands und guten Belegungszahlen. Abschließend betonte Morgenstern, eine Lösung werde an der Restforderung der LEG angesichts der Forderungen der Großgläubigerbanken nicht scheitern. Dies nahmen die örtlichen Wahlkreisabgeordneten, stellvertretender Ausschussvorsitzender Heinz Sahnen (CDU) und Hans-Peter Milles (SPD), zustimmend zur Kenntnis und betonten, dies sei eine gute Nachricht für die Menschen vor Ort.

Danach kam es zu einer hitzig geführten Debatte zum Verkaufsgeschäft an sich und zur Rolle und Unternehmensstrategie der LEG. Vorwürfe von CDU-Sprecher Bernd Schulte und seinem Fraktionskollegen Bernhard Schemmer, bei dem Verkauf handele es sich um einen „gekonnt eingefädelten Deal“, wurden von Staatssekretär Morgenstern mit Nachdruck

zurückgewiesen. Es könne nicht die Rede davon sein, dass von vornherein die Absicht bestanden habe, die Restkaufpreisforderung nur zum Schein auszuweisen. Weitere Vorwürfe der CDU-Redner an die Mehrheitsfraktionen, sie nähmen ihre Verantwortung gegenüber dem Land nicht wahr und deckten fehlerhaftes Verwaltungshandeln, wurden von SPD-Sprecher Dieter Hilser und GRÜNEN-Sprecher Dr. Thomas Rommelspacher als stillos und völlig aus dem Nichts gegriffen zurückgewiesen.

AUFKLÄRUNG

Zum Abschluss der Debatte bat Vorsitzender Wolfgang Röken darum, wieder zu einer sachlichen Auseinandersetzung zurückzufinden. An einer Aufklärung des Sachverhalts bestehe allgemeines Interesse seitens des Ausschusses. Erst danach sei es möglich, zu Bewertungen zu kommen.

Harald Holler

Informationsbesuch im Landtag – rund 60 Studierende aus dem Studiengang „Journalismus/Technik-Kommunikation“ der Fachhochschule Gelsenkirchen kamen im Rahmen einer Exkursion unter Leitung von Professor Dr. Obermeier in das Landesparlament. Dort wurden sie von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (am Rednerpult, vor Obermeier) empfangen. Der Information über die Pressearbeit des Landtags schloss sich eine Diskussion über aktuelle medienpolitische Fragen mit der Vorsitzenden des Medienausschusses, Claudia Nell-Paul (SPD), an. Foto: Schälte



+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Der **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Dr. Helmut Linssen, CDU) tagt am 4. Februar in einem türkischen Bäckereibetrieb in Gelsenkirchen. Zu mittelständischen Strukturen türkischer Unternehmen in NRW wird der Leiter des Zentrums für Türkei-Studien Faruk Sen erwartet.

+++

Der **Hauptausschuss** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) hört am 5. Februar 2004 Sachverständige zu zwei Vorhaben zur Änderung der Landesverfassung an, und zwar zum FDP-Vorschlag, die Rechte des Landtags und der Opposition zu stärken (vormittags) und zum Vorschlag von SPD und GRÜNEN, den Kommunen strikten Kostenausgleich für vom Land übertragene Aufgaben zu garantieren (nachmittags).

+++

Über die Wahlkreis-Neueinteilung haben sich SPD, CDU und GRÜNE im **Innenausschuss** (Vorsitz Klaus Stallmann, CDU) weitgehend geeinigt. Bedenken aus der Expertenanhörung wurden aufgenommen.

+++

In Spanien, Griechenland und Luxemburg finden in diesem Jahr nationale Wahlen statt, die Einigung auf eine europäische Verfassung sei daher wenig wahrscheinlich, meinte Minister Wolfram Kuschke im **Europa-ausschuss**. Er berichtete aber auch von massiver Kritik am italienischen Ratsvorsitz. Im Hinblick auf die Europawahlen im Juni hielten die Fraktions-sprecher die Verfassung für wichtig und warnten davor, das Verhandlungspaket auf-zuschneiden.

+++

In NRW soll es keinen flächendeckenden, anlassunabhängigen und automatischen Ab-gleich von Autokennzeichen geben. NRW-Innenminister Dr. Fritz Behrens wies auf rechtliche Probleme bei Feldversuchen in anderen Bundesländern hin. Hintergrund der Aktuellen Viertelstunde im **Innenausschuss** war der Vorschlag von Sicherheitsexperten, an Knotenpunkten Kfz-Kennzeichen zu erfassen und mit dem Fahndungscomputer des Bundeskriminalamts (BKA) abzugleichen.

+++

Fraktionsübergreifender Protest im **Innen-ausschuss** gegen die Pläne von Bundesinnen-

minister Otto Schily, die BKA-Außenstelle Meckenheim nach Berlin zu verlegen. Der Standort Meckenheim mit 1.000 Arbeitsplätzen sei ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Mit den Beschäftigten könne man nicht so umgehen, wie dies der Innenminister getan habe. Fachlich-polizeiliche Gründe für einen Umzug seien sehr sorgfältig abzuwägen.

+++

Durchweg positiv bewertete der **Medien-ausschuss** (Vorsitz Claudia Nell-Paul, SPD) in seiner Sitzung am 9. Januar den „Tag der Medienkompetenz“ am 11./12. Dezember im Landtag. Mit der Vielfalt der Aussteller und überaus großem Besucherinteresse sei auf Anhieb ein Erfolg gelungen. SPD-Sprecher Marc Jan Eumann regte weitere „Tage der Medienkompetenz“ an.

+++

Das Herauswerfen von Müll aus den Gefängniszellen soll durch Umrüsten der Fenster aller NRW-Haftanstalten mit „Feinver-gitterung“ unterbunden werden. Den Millio-nenaufwand dafür kritisiert die Freie Wohl-fahrtspflege, während gleichzeitig die Mittel



für ehrenamtliche Straffälligenhilfe gekürzt würden. Im **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) fand die Eingabe Gehör. SPD und GRÜNE stockten den gekürzten Titel wieder auf. Die Wohlfahrtsverbände hatten auch das An-mieten von bisher leerstehenden Justizgebäu-den in Greifath für „Knast-light“ beanstandet.

+++

Gerichtstage sollen auch künftig im Arbeits-gerichtsbezirk Hamm und in Gummersbach abgehalten werden. Das geht aus dem Schrift-wechsel des Justizministeriums mit dem Arbeit-geberverband Leverkusen hervor, der dem **Rechtsausschuss** übermittelt wurde. Das Mi-nisterium begründet die Entscheidung mit

schlechten Verkehrsverbindungen in den beiden Gebieten. Endgültig entschieden werde nach der Verbändeanhörung zur Rechtsverordnung.

+++

Für Betrieb und Investitionen zu Digitalfunk sind im Doppelhaushalt des Landes 75 Millionen Euro veranschlagt, erfuhren die Berichterstatter des **Haushaltsausschusses** (Vorsitz Volkmar Klein, CDU). Die Kostenaufteilung wollen Bund und Länder gemeinsam regeln.

+++

Ungewollte Kürzung: Die Einnahmen aus der Spielbankabgabe in 2004 schätzt das Finanzministerium um 18 Millionen Euro niedriger ein als 2003. In NRW werde wegen der schlechten Wirtschaftslage weniger gespielt, teilte sein Vertreter den Berichterstattern des **Haushaltsausschusses** mit.

+++

Zur Europäischen Aktion für Wachstum be-richtete Minister Wolfram Kuschke im **Europa-ausschuss** (Vorsitz Ute Koczynski, GRÜNE) am 14. Januar, für 50 Projekte in den Bereichen Infrastruktur (Transeuropäische Netze, Telekommunikation, Energie) und Innovation (Forschung/Entwick-lung/Umwelttechnologie) stünden im „Schnell-startprogramm“ bis zum Jahr 2010 insgesamt 40 Milliarden Euro zur Verfügung.

+++

Im Laufe des Januar 2004 wird die Landes-regierung einen Mittelstandsbeauftragten ernennen, teilte Wirtschaftsminister Harald Schartau im **Wirtschaftsausschuss** mit.

+++

Kriminelle Karrieren von Kindern nehmen zu. Sie wohnen meistens in Ballungsräumen. In Brandenburg werden solche Jungtäter seit fünf Jahren auf einem Bauernhof erfolgreich umer-zogen. Die FDP möchte so etwas auch für NRW. Ihr Antrag wurde im **Innenausschuss** anberaten.

+++

Viele NRW-Autofahrer würden auf die Bahn umsteigen, wenn sie dicht an der Auto-bahn umsteigen könnten, meint die FDP-Fraktion. Über ihren Antrag „Park&Rail“, Stra-ßenverkehrsknoten an die Schiene anzubinden, berät der **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) am 5. Februar.

Von wegen fett, faul und fernsehsüchtig! Erster Jugendsportbericht räumt mit Klischees auf

„Kinder sind fett, faul und fernsehsüchtig“ – traurige Realität oder doch nur ein weit verbreitetes Vorurteil? Professor Dr. Werner Schmidt (Uni Essen) hat diese und andere Thesen zur Situation von Kindern und Sport untersucht und die Ergebnisse im „1. Deutschen Kinder- und Jugendsportbericht“ festgehalten. Am 12. Januar stellte er diesen Bericht den Mitgliedern des Sportausschusses (Vorsitz Gisela Hinnemann, CDU) vor. Ein überraschendes Resultat: Lediglich 7,5 Prozent der Kinder im Einschulungsalter sind fettig. Der Anstieg von 1986 bis 2002 beträgt gerade mal 1,8 Prozent.

Weniger erfreulich: In den letzten 25 Jahren hat die motorische und körperliche Leistungsfähigkeit um 10 bis 15 Prozent abgenommen. Eine Folge der immer geringeren Möglichkeiten, wohnnah zu spielen und sich zu bewegen. Da können auch ein bis zwei Stunden Sportunterricht in der Woche nicht kompensieren, was früher die tägliche Bewegungszeit geleistet habe, so Schmidt. Etwa neun Stunden Sport pro Woche sind nötig, dann weisen Kinder bessere Schulleistungen auf, sind sozial integrierter und können auch besser mit Stress- und Belastungssituationen umgehen. Das in anderen gesellschaftlichen Bereichen oft beklagte, fehlende ehrenamtliche Engagement liegt bei Jugendlichen in Sportvereinen bei 25 Prozent.

Obwohl 60 – 70 Prozent der jugendlichen Vereinsmitglieder zwischen vier und zwölf Jahre

alt sind, fehlt es gerade hier an gut ausgebildeten Übungsleitern und an inhaltlichen Konzepten. In vielen öffentlichen Diskussionen wird auch auf die Fähigkeit des Sports hingewiesen, Kinder aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten und kulturellen Traditionen zu integrieren. Doch es gibt im deutschen Kinder- und Jugendsport ein starkes soziales Gefälle und deutliche geschlechtsbezogene Unterschiede: Jungen treiben mehr Sport als Mädchen, Gymnasiasten mehr als Hauptschüler und deutsche Kinder mehr als Migrantenkinder, fuhr Schmidt fort.

Vier Handlungsempfehlungen gab der Autor der Untersuchung: Damit Kinder sich wieder mehr bewegen können, müssen wohnnahe, multifunktional nutzbare Plätze und Freiflächen geschaffen werden. Die Fluktuations- und Austrittsraten sollen durch spartenübergreifende und gemeinsame Konzepte der Sportfachver-

Geht mit seinem Sportbericht gegen Klischees vor und zeigt Handlungsfelder auf: Professor Dr. Werner Schmidt (l.) hier zusammen mit der Ausschussvorsitzenden Gisela Hinnemann (CDU, r.).
Foto: Schälte



bände inklusive Einrichtung einer Kindertrainer-Lizenz reduziert werden. Das Integrationspotential soll durch gemeinsame Handlungskonzepte mit der Kinder- und Jugendarbeit, etwa durch die Gewinnung von Personen mit Migrationshintergrund als Multiplikatoren verbessert werden. Durch sportbetonte Schulen, Vollzeitinternate, Schulzeitstreckung und psycho-soziale Betreuung sollen die leistungssportlichen Karrieren gefördert werden. Der Bericht soll als Handlungsgrundlage zur Verbesserung der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen dienen. **NB**

FCL: Starker Verein auf soliden Beinen

Die Bilanz des Jahres 2003 weist aus, dass der FC Landtag bei zehn Feldspielen drei Siege, fünf Niederlagen sowie zwei Unentschieden bei einem Torverhältnis von 17:23 vorzuweisen hat. Beim Hallenturnier in Bielefeld wie auch beim Kölner Dachtornier belegte der FCL jeweils einen ehrenvollen 3. Platz. Beim Erwitter Hallenturnier wurde er Vierter.

Folgende Abgeordnete streiften das FCL-Trikot über: Günter Langen, Ralf Jäger, Werner Jostmeier, Bernhard Tenhumberg, Wolfgang Hüsken, Thomas Mahlberg, Dietmar Brockes, Willi Nowack, Heinz Sahnen, Dr. Hans Kraft, Christof Rasche. Außerdem kamen als ehemalige Abgeordnete Oliver Wittke und Rainer Maedge zum Einsatz.

Höhepunkte waren die Reisen nach Moskau und nach Dresden, die sportlich allerdings nicht übermäßig erfolgreich verliefen. Die beste Saisonleistung lieferte der FCL wohl

beim 3:3 gegen Air Berlin in Berlin ab, als er durch eine großartige Energieleistung in den letzten drei Minuten noch zwei Tore und damit den Ausgleich erzielte. In seinem Kommentar zur Saisonbilanz verpasste Spielertrainer Wolfgang Euteneuer seinem Team einen Motivationsschub durch die unwidersprochene Feststellung, dass die Leistungen des FCL besser gewesen seien als die nackte Punktezahl. Trotz seiner Erkenntnis, dass der FCL im Grunde eine untrainierbare Mannschaft sei, wiederholte er sein Angebot vom Vorjahr, Einzeltraining durchzuführen. Die Spieler zeigten eisigen Enthusiasmus.

Schatzmeister Dr. Hans Kraft reportierte den Kassenstand des FCL und kam zu dem Fazit, dass der Verein im Gegensatz zu vielen anderen wirtschaftlich gesund sei. Rechnungsprüfer Bernhard Tenhumberg bestätigte den



Bericht des Schatzmeisters, lobte die Einhaltung des Haushaltsplans, hob den positiven Abschluss hervor und pries die perfekte Buchführung durch den Schatzmeister und dessen Kollegin Charlotte Schmädeke. Auf Antrag von Jürgen Coße entlastete die Versammlung Präsident Günter Langen und Schatzmeister Hans Kraft.

INTERNATIONALE BEGEGNUNG

Präsident Langen erläuterte den vorläufigen Spielplan für 2004. Danach wird der FCL wiederum beim Internationalen Hallenturnier in Bielefeld Anfang Februar in die Saison starten. Als Höhepunkte internationaler Begegnungen sind Spiele gegen das Parlament der Balearen auf Mallorca sowie gegen das Parlament des österreichischen Burgenlandes vorgesehen. Ein besonderer Leckerbissen verspricht auch das Match gegen die Nationalmannschaft der deutschen Spitzenköche zu werden, das Mitte Juni in Düsseldorf ausgetragen werden soll. 🍷

SPD

Flessenkemper: Bei Horten argumentiert die CDU scheinheilig



Entschieden hat der familien- und jugendpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Bernd Flessenkemper (Bild), die scheinheiligen Vorwürfe der CDU gegen eine Integration der Horten in das Erfolgskonzept Offene Ganztagsgrundschule zurückgewiesen. „Wir greifen bei der Offenen Ganztagsgrundschule auf die pädagogische Kompetenz der Horten zurück, weil die hohe Qualifikation der dort Beschäftigten für die Ganztagsbetreuung an der Grundschule unverzichtbar ist“, erklärte Flessenkemper. Die Zusammenführung der Ganztagsbetreuung unter dem Dach der Grundschule sei zudem politisch gewollt. Für die Kinder sei es ideal, auch am Nachmittag dort betreut und gefördert zu werden, wo sie am Vormittag schon seien, nämlich an der Schule. Offenbar werde diese Interessenlage im Sinne der Kinder von der CDU aus vordergründigen parteipolitischen Motiven gänzlich verdrängt. Kennzeichnend für die Scheinheiligkeit der CDU sei auch, so Bernd Flessenkemper, dass sie öffentlich gegen eine Verlagerung der Hortangebote unter das Dach Schule polemisiere, in den Haushaltsberatungen der Fachausschüsse des Landtages aber keinen einzigen Änderungsantrag gestellt habe. „Wer Doppelangebote aufrecht erhalten will, muss nämlich auch sagen, woher das Geld dafür kommen soll“, forderte der SPD-Politiker. 🗨️

CDU

Saarländische Sozialministerin informierte über Pflegeausbildung

Die CDU-Landtagsfraktion will die Altenpflegeausbildung in NRW praxisnäher und durchlässiger gestalten und sich dabei an einem preisgekrönten und richtungsweisenden Vorbild orientieren: dem Curriculum, das vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gemeinsam mit dem Saarland entwickelt wurde. Um über Einzelheiten und Erfahrungen zu informieren, war die saarländische Sozialministerin Regina Görner nach Düsseldorf gekommen. Ihre Erfolgsbilanz: Seit der Reform hat sich die Zahl der Lehrstellen im Pflegebereich mehr als verdoppelt. Rudolf Henke, sozialpolitischer und CDU-Sprecher in der Enquete-Kommission „Situation und Zukunft der Pflege“, warb dafür, das Curriculum von BIBB und Saarland auch für die Altenpflege in NRW einzuführen. Die wichtigsten Vorteile des BIBB-Curriculums: Die Ausbildung in der Altenpflege erhält einen nach Lernfeldern aufgebauten Ausbildungsrahmenplan für die schulische und – das ist eine Besonderheit – auch für die praktische Ausbildung. In der Richtlinie der rot-grünen Landesregierung für NRW ist davon überhaupt keine Rede.

Der Altenpflegeberuf erhält ein eindeutiges Qualifikationsprofil, das ihn von anderen Berufen unterscheidbar macht. Das BIBB-Curriculum gibt der Altenpflege ein klares gerontologisches Profil. Die starke Betonung der praktischen Ausbildung kann einen Beitrag dazu leisten, dass die Frustration der fertig ausgebildeten Pflegekräfte durch den „Praxisschock“ in Grenzen gehalten wird. 🗨️

FDP

FDP bringt Antrag gegen Umzug des BKA aus Meckenheim ein

Die FDP hat als erste und bislang einzige Fraktion im Landtag einen Antrag zum Erhalt des BKA-Standortes Meckenheim eingebracht. Zur Begründung des Parlamentsantrages sagte der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Horst Engel: „Der BKA-Standort liegt kriminalgeographisch genau richtig. Daher verbieten sogar fachliche Gründe die Verlegung des BKA-Standortes nach Berlin.“ Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Klaus Jansen, unterstrich Engel während einer Pressekonferenz, dass ein Umzug des BKA die Sicherheitslage in

Deutschland gefährde. Engel: „El Kaida hat sich zu einem Franchise-System für den islamistischen Terror entwickelt. Seine Logistik- und Rekrutierungsstützpunkte befinden sich vor allem in den alten Bundesländern.“

Im Bild: BDK-Chef Klaus Jansen (l.) und Horst Engel (r.) während der Pressekonferenz. 🗨️



GRÜNE

Grüne Landtagsfraktion tagt in Berlin

Berlin ist eine Reise wert, fand die Grüne Landtagsfraktion und kam am 19. und 20. Januar in der Hauptstadt zu einer arbeitsintensiven Klausur zusammen. Die Düsseldorfer Abgeordneten trafen dort auf die Spitzen der Grünen Bundestagsfraktion und der Partei, um sich über die Schwerpunkte des kommenden Jahres auszutauschen. Weitere Themenkomplexe der Klausur waren die Realisierungschancen des MetroExpress und die Angleichung der Städtebauförderung Ost und West. Zu diesen Gesprächen war als Gast der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Achim Großmann MdB, geladen. Bei einer Reise in die Bundeshauptstadt fehlte natürlich ein Treffen der Landtags-Grünen mit der NRW-Bundestagsgruppe nicht. Hierbei wurde die Zusammenarbeit in Sachen Steinkohlesubvention ausführlicher erörtert. Nach zweitägigem Terminmarathon waren die Fraktionsmitglieder aber nicht unglücklich, wieder in das schöne Nordrhein-Westfalen zurückzukehren. Auf dem Bild (v.l.): Sylvia Löhrmann (Fraktionsvorsitzende der Grünen Landtagsfraktion NRW), Volker Beck (Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen Bundestagsfraktion), Christa Sager (Fraktionsvorsitzende der Grünen Bundestagsfraktion), Johannes Rimmel (Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen Landtagsfraktion NRW) und Angelika Beer (Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen). 🗨️





Porträt der Woche: Dr. Jens Jordan (FDP)

Jens Jordan macht ungern viel Aufhebens um seine Person. Vor seinem sechzigsten Geburtstag ließ der Waltroper Bürgermeister anfragen, ob eine Glückwunsch-Visite genehm sei. Jordan winkte ab: „Ganz normaler Arbeitstag, da bin ich im Büro in Duisburg.“ Im engeren Mitarbeiterkreis gab's am 24. April um Elf ein Glas Sekt zum Festtag – ansonsten business as usual. Am Wochenende danach kamen die vier erwachsenen Kinder (drei Söhne, eine Tochter, zusätzlich vier Enkel) ins Elternhaus, um dem Vater und Großvater zu gratulieren. „Ich will meinen Sechzigsten nicht hochstilisieren“, sagt Jens Jordan, der Diplomchemiker in der Stahlbranche, der als Bereichsleiter bei ThyssenKrupp für Messen und Ausstellungen zuständig ist und in der FDP-Fraktion ohne gewaltige parlamentarische Ambitionen die Hinterbank besetzt.

Das altpreußische Motto, mehr zu sein als zu scheinen, möchte sich der in Heidelberg gebürtige Jordan nicht zu eigen machen. Er ist wohl ein nüchterner Zeitgenosse, der dort, wo er steht, versucht, seine Pflicht zu tun. Der FDP-Abgeordnete hätte es gern, wenn man über ihn sagte, dass man sich auf ihn verlassen könne. Wenn er etwas zugesagt hat, setzt er alles daran, dass den Worten auch Taten folgen, getreu dem Kästner-Spruch: Es gibt nichts Gutes, außer: man tut es. Jordan versteht sich als einen Mann der unspektakulären Tat, als jemand, der es nicht leiden kann, wenn Leute „rumhängen“. Wo immer er Unternehmensgeist wittert, möchte er diesen beflügeln.

Als Ratsherr in Waltrop und als Landtagsabgeordneter im Wahlkreis Castop-Rauxel/Waltrop engagiert sich der Freidemokrat be-

sonders für das Projekt „newPark“. Auf einem früheren Großindustriengebiet soll ein Mix aus produzierendem und dienstleistendem Gewerbe entstehen – zum Nutzen einer strukturge-schwächten Region, deren Arbeitslosenquote deutlich über dem Landesdurchschnitt von 10,3 Prozent liegt.

KOMPROMISSBEREITSCHAFT

Alles, was den Wettbewerb behindere, sei nicht arbeitsplatztauglich. Damit kein falscher Eindruck entsteht: Jens Jordan ist kein Manchester-Kapitalist. Dafür fehlt ihm das kalte Herz des Nur-Profitlers. Er möchte, dass die Menschen in der freien Wirtschaft anständig behandelt werden und geht selbst nach eigenem Urteil liebevoll mit seinen Mitarbeitern um.

Als Sozialliberalen will sich Freidemokrat Jordan nicht bezeichnen. Politisch und privat neigt er sehr zum Kompromiss, wobei er versteht, dass es manchmal der Brechertypen bedarf, um eine Sache zuzuspitzen und machtvoll voranzubringen. Wiewohl er politisch von gebremstem Ehrgeiz ist, lehnt er Menschen nicht ab, die vor Ehrgeiz brennen, es sei denn, sie vertreten ihre Ansichten ausschließlich aus Eigennutz.

Als Studiosus der Chemie ließ es der junge Heidelberger beim Lernen langsam angehen. Jordan war ein „68er“, kein Linksradikaler, aber ein Verbalradikalinski, der an frechen politischen Sprüchen, an Sitzblockaden und Vorlesungsboykott sowie dem ganzen antiautoritären Gebaren der damaligen Auf-

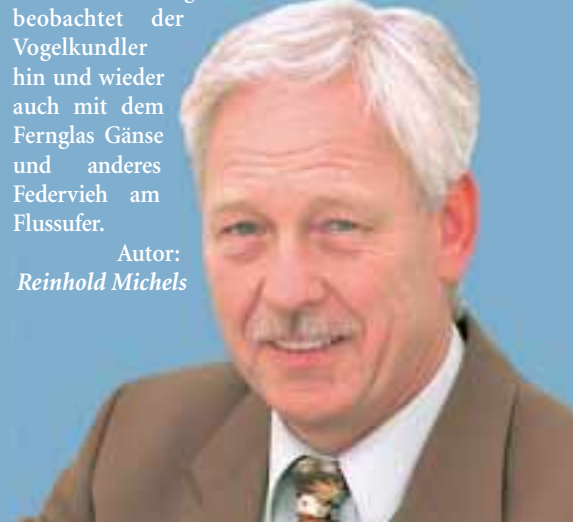
bruchjahre seinen Gefallen hatte. 1968/69 wechselte Jordan an die junge Uni Dortmund. Der politisierende Chemiestudent entschloss sich, in die FDP einzutreten.

Sechs Monate kurz hat er einmal dem Bundestag angehört. Das war 1994. Im Mai 2000, als er gerade in kurzen Hosen am Gartengrill stand, erreichte ihn die frohe Botschaft, dem neuen Landtag anzugehören. Wie man den ruhigen Mann kennt, wird er sich gefreut haben, aber weiter die Würste gewendet und hernach vertilgt haben.

Es ist falsch, von Jordans schlanker Erscheinung auf einen Sportfreund zu schließen. „First of all, no sports“ antwortet er auf die Frage nach privaten Leidenschaften. Die Folge dieser Art von Enthaltensamkeit: Ihn plagen weder Tennisarm noch Knieprobleme und auch die manchem Golfer vertrauten Wehwehchen im Lendenwirbelbereich sind ihm fremd. Jordan ist Hobby-Ornithologe. Vom Landtags-Bürofenster aus, das den Blick auf Rhein und Hafenviertel freigibt,

beobachtet der Vogelkundler hin und wieder auch mit dem Fernglas Gänse und anderes Federvieh am Flussufer.

Autor:
Reinhold Michels




Energie erleben, Energie verstehen

Tradition ist auch Verpflichtung, Visionen zu entwickeln.“ Mit diesen Worten ermunterte Landtagspräsident Ulrich Schmidt bei einem Besuch der ehemaligen Bergbaustadt Alsdorf im Kreis Aachen Wirtschaft und Politik, eines der ehrgeizigsten Projekte in der Euregio Maas/Rhein weiterhin zu unterstützen. In der Kraftzentrale der ehemaligen Steinkohlezeche Anna II informierte Schmidt sich über das ENERGETICON. Die Zielsetzung dieses im Aufbau befindlichen Lern- und Erlebnisortes lautet: Energie erleben, Energie verstehen. Es entsteht in Gebäuden des ehemaligen Zechenbetriebs, die von der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) saniert wurden und 8.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche bieten.

Das ENERGETICON hat ein einmaliges Konzept. Es soll bei Schülerinnen und Schülern das

Interesse an den Naturwissenschaften wecken. Der Erlebnis- und Lernort zeigt den Spannungsbogen von der Kohle zur hochmodernen Nutzung der Sonnenenergie. Er ist zugleich Schaufenster für Energietechnologie und praxisnaher Ratgeber mit Produkt- und Dienstleistungshinweisen. Außerdem werden wissenschaftliche Foren geboten sowie Bergbau- und Sozialgeschichte der Euregio Maas/Rhein dokumentiert.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt zeigte sich bei seinem Besuch begeistert von der Projektidee und dem Fortschritt der Planungen. „Das Interesse für Naturwissenschaften wecken, wertvolle Tipps für Verbraucher geben, Vergangenheit und Zukunft der Energienutzung erleben, das ist ein Konzept, für das ich im Rahmen meiner Möglichkeiten gerne werben will“, versprach der Landtagspräsident. 

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-25 45 und 884-23 09, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressesprecher; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Andreas Theysen (FDP), Pressesprecher; Iren Borowicz (GRÜNE), Pressesprecherin.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h2:m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 3. bis 11. Februar 2004

03.02.	Gisela Walsken (SPD)	46
04.02.	Heinrich Kruse (CDU)	58
04.02.	Reiner Priggen (GRÜNE)	51
05.02.	Inge Lagemann (SPD)	60
10.02.	Peter Biesenbach (CDU)	56
11.02.	Manfred Luckey (CDU)	55

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) ist, wie die Presse am 13. Januar berichtete, der dienstälteste Landtagsabgeordnete in Deutschland: Seit dem 25. Juli 1966 – und damit 13.685 Tage – sitzt der Jurist und ehemalige Sozialrichter im Landtag Nordrhein-Westfalen. Nach Klose bringt es an zweiter Stelle sein Fraktionskollege Heinz Hardt auf 12.223 Tage. Landtagspräsident Ulrich Schmidt folgt auf dem Fuße: Seit 10.456 Tagen gehört Schmidt als Mitglied der SPD-Fraktion dem Landtag an.

Hans Peter Lindlar (CDU), Landtagsabgeordneter aus Hennef/Sieg ist von der Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU (KPV) erneut zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden. Der Fachmann für Umwelt-, Energie- und Strukturpolitik nimmt diese Aufgabe seit zehn Jahren wahr und ist zudem Vorsitzender der KPV in NRW.

Jürgen Jentsch (SPD), Landtagsabgeordneter aus Gütersloh, ist mit der Jubiläumsmedaille am Bande des Malteser Hilfsdienstes ausgezeichnet worden. Dieser zu den großen kirchlichen Verbänden zählende katholische Laienorden engagiert sich in Notfallvorsorge, Ausbildung, Auslandsdienst, Jugendarbeit und in ehrenamtlichen sozialen Diensten. Die Auszeichnung für die besondere Mitarbeit des Abgeordneten überreichte Johannes Reschke, Mitglied des Paderborner Diözesanvorstandes des Malteser Hilfsdienstes.

Peer Steinbrück (SPD), Ministerpräsident des Landes, ist seit kurzem der Namensgeber für einen neuen Computerchip. Die Entwickler am Bonner Forschungsinstitut für diskrete Mathematik gaben dem Bauteil den Namen "Peer 1". Damit wird für alle an dem Bonner Institut entwickelten Chips eine Tradition fortgesetzt, die in der Vergangenheit schon zu „Johannes“ (Rau) und „Wolfgang“ (Clement) geführt hat.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 29. Januar 2004 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Kinder bauen Brücken

... unter diesem Motto stand die diesjährige Sammelaktion der Sternsinger in Deutschland. Der Erlös – im letzten Jahr waren das bundesweit immerhin 32 Millionen Euro – kommt diesmal Not leidenden Kindern im afrikanischen Ruanda zugute. Landtagspräsident Ulrich Schmidt lobte die Sternsinger der katholischen Pfarrgemeinde St. Martin aus Düsseldorf-Bilk, die traditionell den Landtag besuchen, mit den Worten: „Jedes Jahr aufs Neue bauen die Sternsinger eindrucksvolle Brücken zu den Menschen und für Kinder in der ganzen Welt – Brücken der Freundschaft und der Hilfe.“ Der Präsident dankte den Biler Jungen und Mädchen für ihr Engagement und auch dafür, dass sie ihre Freizeit für diesen segensreichen Dienst opfern. Nach der Sammelaktion im Landtag gab es zur Stärkung Kakao und Kuchen. Foto: Schälte